

BERNHARD MÜLLER

„Dem Fortschritt die Hand reichen“.
Paul Hegelmaier, Oberbürgermeister im
Kaiserreich (1884 – 1904)

Sonderdruck aus:

Christhard Schrenk · Peter Wanner (Hg.)
heilbronnica 6
Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte

Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 22
Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte 38

2016
Stadtarchiv Heilbronn

„Dem Fortschritt die Hand reichen“. Paul Hegelmaier, Oberbürgermeister im Kaiserreich (1884–1904)

BERNHARD MÜLLER

I Modernisierung im Obrigkeitsstaat

„Im Gemeindeleben muß man sich auf den fortschrittlichen Standpunkt stellen, wenn man auch im politischen Leben konservativ sein kann. Heilbronn wird immer mehr Industriestadt“ [...] „ein solch rastlos vorwärtsschreitendes Gemeinwesen wie Heilbronn kann keinen Rückschritt vertragen [...] wir müssen dem Fortschritt die Hand reichen und für zukünftige Zeiten schaffen.“¹

Seit Jahren wurde die erste Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr mit einer „längeren Ansprache des Vorsitzenden“ eröffnet. Der Oberbürgermeister erwähnte dabei die wichtigsten Bauvorhaben der Stadt und legte im Blick auf die „neu eingetretenen“ Gemeinderäte und Mitglieder des Bürgerausschusses die Grundsätze seiner Amtsführung dar. Mit „fortschrittlich“ und „konservativ“ nennt er die Schlüsselbegriffe seiner Amtszeit: Hegelmaier war Anhänger des technischen Fortschritts und teilte den Fortschrittsoptimismus seiner Zeit: „Sie müssen immer bedenken, dass Heilbronn durchaus eine Industriestadt ist und die weitere Entwicklung der Stadt fast ausschließlich von der Industrie abhängt. Ich möchte wünschen, dass diese Ansicht mehr und mehr auch in den bürgerlichen Kollegien zur Geltung gelangt. Alles was wir erreichen können, können wir nur durch Hebung der Industrie erreichen. Die Opfer sind nicht verloren, sie kommen durch erhöhte Steuerkraft wieder herein.“²

Unbestritten entwickelte sich Heilbronn während der Amtszeit von Paul Hegelmaier zu einer relativ modernen Großstadt, die 1897 vom damaligen Innenminister bei seinem Besuch der Gewerbe- und Industrieausstellung als „Stadt des Fortschritts“ bezeichnet wurde. Der „Kramstraßendurchbruch“ zur Allee, eine elektrisch betriebene Straßenbahn, der Bau des Südbahnhofs samt Lerchenbergtunnel, die Erschließung neuer Industriegebiete sowie diverse Bauvorhaben (Schulen, Stadtbad, Umbau des Rathauses, Kanalisierung) mögen als Stichworte zunächst genügen. Welcher Anteil an dieser Entwicklung Hegelmaier persönlich zukommt, was den

¹ Vgl. die jeweils ersten Gemeinderatssitzungen 1898 und 1900, aus denen die Zitate stammen; StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 08.01.1898 und vom 02.01.1900.

² StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 02.01.1897



Die moderne Stadt nach dem Ende von Paul Hegelmaiers Amtszeit – Kaiserstraße, Straßenbahn und Postgebäude; um 1910

bürgerlichen Gremien und Industriekreisen in Heilbronn, was dem Zeitgeist und der wirtschaftlichen Dynamik des Kaiserreichs zu verdanken ist, soll hier noch nicht erörtert werden.

Wichtiger ist es, auf den Gegensatz zwischen dem technokratischen Fortschrittsbegriff Hegelmaiers und dem politischen Fortschrittsbegriff der Liberalen und (Sozial-) Demokraten hinzuweisen, die für eine politische Ordnung mit mehr Bürgerrechten und politischer Mitbestimmung eintraten und in Städten wie Heilbronn über zahlreiche Anhänger und Wähler verfügten. Hegelmaier war politisch entschieden „conservativ“ und ein überzeugter Anhänger der Person und Politik Bismarcks. Damit waren Konflikte in Heilbronn gewissermaßen vorprogrammiert.

Die Bismarckgegner im Kaiserreich hatten sich bekanntlich in der „Fortschrittspartei“ organisiert, ihr württembergischer Ableger war die Volkspartei, ihr prominentester Vertreter in Heilbronn der Gemeinderat und Reichstagsabgeordnete Georg Härle.

Der angedeutete Aufbruch in die Moderne ist keine Besonderheit Heilbronn, sondern kennzeichnet die wilhelminische Epoche insgesamt, die ab Mitte der 1890er

Jahre in eine langanhaltende Phase der Hochkonjunktur eintrat.³ Der Aufstieg Deutschlands zu einer führenden Wirtschaftsmacht wurde von einer zweiten Industrialisierungswelle, getragen von den Leitsektoren Elektrotechnik und Großchemie, verursacht und durch neue Finanzierungsmöglichkeiten über Großbanken und Aktiengesellschaften gefördert. Damit verbunden war ein fundamentaler Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft – allerdings im Rahmen der konstitutionellen Monarchie im Reich und in den Ländern. Diese enthielt aber durchaus „fortschrittliche“ Elemente – in der Forschung werden außer dem Rechtsstaat die „Fundamentalpolitisierung“ und das „Entstehen eines politischen Massenmarktes“ genannt, womit die zunehmende Bedeutung der Wahlen und Parteien sowie die Rolle der öffentlichen Meinung und der Presse gemeint ist.⁴

Die angedeutete Konfliktlage in Heilbronn prägte auch das Kaiserreich als Ganzes, wo Tradition und Moderne, fortschrittliche und rückwärtsgewandte Ansätze zusammentrafen und die Gegensätze in der damaligen Klassengesellschaft verschärften. An der fundamentalen Benachteiligung weiter Bevölkerungskreise und dem überproportionalen Einfluss der Eliten aus Geld- und Feudalaristokratie änderte sich bis zum Ersten Weltkrieg wenig, wenn sich auch die materiellen Lebensverhältnisse der unteren Bevölkerungsschichten allmählich verbesserten.

Vor diesem Hintergrund ist die Amtszeit Hegelmaiers mit ihren zahlreichen Konflikten und Skandalen zu sehen, die im folgenden genauer ausgeführt werden. In der bisherigen Literatur⁵ wird der Sachverhalt häufig personalisiert und zum „Rathauskrieg“ verniedlicht oder auf den „Prozess Hegelmaier“⁶ verengt – ohne die weit über die Lokalpolitik hinausreichenden Zusammenhänge angemessen zu berücksichtigen.

II Die Wahlen zum Stadtvorstand 1884

„Habemus papam“ – mit dieser ironisch gemeinten Formulierung schloss der „Schwäbische Merkur“⁷ seine Berichterstattung über die Wahl eines neuen Stadtvorstands

³ KROLL, *Geburt der Moderne* (2013); NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte* (1990; 1992); WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* (1995)

⁴ GAWATZ, *Wahlkämpfe* (2001); MANN, *Württemberg* (2012). Vgl. zum Kaiserreich allgemein die Standardwerke von WEHLER, *Gesellschaftsgeschichte* (1995) und NIPPERDEY, *Deutsche Geschichte* (1990; 1992).

⁵ Vgl. ENGISCH, *Rathauskrieg* (1996). Außerdem: STEINHILBER, *Hegelmaier* (1960); SCHILLING, *Hegelmaier* (1977); ARNOLD, *Cloß* (2009), S. 190–197.

⁶ Einzelheiten siehe unten Kapitel IV, S. 265ff.; „Prozeß Hegelmaier vor dem Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte“ ist der Titel einer Veröffentlichung der Buchdruckerei Brok & Feierabend Heilbronn, die 1894 erschienen ist und sich auf die im Staatsanzeiger veröffentlichten Gerichtsprotokolle stützt. Auf dieser Veröffentlichung beruhen auch alle späteren Darstellungen, meist ohne die im Staatsarchiv Ludwigsburg erhaltenen Gerichtsakten zu beachten.

⁷ Der Schwäbische Merkur (zusammen mit der Schwäbischen Chronik) war die führende Tageszeitung in Württemberg, die über einen guten Korrespondenten in Heilbronn verfügte. Weil die Heilbronner

in Heilbronn ab. Ein Außenseiter, Staatsanwalt Hegelmaier aus Heilbronn, hatte die Wahlen am 10. Juni 1884 überraschend mit Zweidrittel-Mehrheit gewonnen. 2400 Wähler haben für ihn gestimmt, die drei Gegenkandidaten erhielten zusammen weniger als 1000 Stimmen. Ende Juli wurde Hegelmaier zum Stadtvorstand auf Lebenszeit ernannt, ein halbes Jahr später erhielt er den Ehrentitel Oberbürgermeister.

Hegelmaiers Vorgänger Karl Wüst war am 28. Januar 1884 nach längerer Krankheit verstorben. „Die hiesige Stadtschultheißenstelle ist erledigt und wird zur Bewerbung ausgeschrieben; sie soll wie seither mit einem akademisch gebildeten Mann besetzt werden. [...] Das fixe Gehalt ist auf 6000 Mark p[ro] a[nno] festgesetzt, auch bezieht der künftige Stadtvorstand außerdem noch die ihm zukommenden Gebühren, ca. 1600–1700 Mark. Weitere Bestimmungen wären bei der Verwaltungsschreiberei zu erfragen.“⁸

Auf diese Stellenausschreibung hatte sich der Gemeinderat in seiner Sitzung am 27. März 1884 geeinigt, nachdem eine Kommission unter Vorsitz des langjährigen Gemeinderats und Reichstagsabgeordneten Georg Härle entsprechende Vorschläge unterbreitet hatte. Im Einvernehmen mit dem Gemeinderat setzte das Oberamt die Wahl auf den 17. Mai 1884 fest, nachdem die Kreisregierung den Gehaltsbeschluss genehmigt hatte.

Da sich bis zum Ende der Bewerbungsfrist nur zwei Kandidaten gemeldet hatten, wurde die Bewerberfrist verlängert, bis das übliche „Dreimännerkollegium“⁹ zur Wahl antreten konnte:

„Amtmann Christmann von hier

Amtsrichter Landauer von Stuttgart

Amtmann Schumm von Böblingen, gebürtig von hier.

Soweit sich bis jetzt beurteilen läßt, hat Landauer die Sympathie der kaufmännischen Aristokratie sowie der Beamten für sich; er hat persönlich einen sehr guten Eindruck gemacht, kann auf vorzügliche Zeugnisse und einen Lebensgang hinweisen, der den Mann bildet und ist ohne Parteivergangenheit.“

So schreibt (mit erkennbarer Sympathie) der Schwäbische Merkur in seiner Ausgabe vom 25. Mai 1884 und fährt fort: „Seine Mitbewerber haben noch nicht viel von sich

Tageszeitungen aus dieser Zeit nicht mehr zur Verfügung stehen, handelt es sich um eine wichtige Quelle für die damaligen Vorgänge. Alle folgende Zeitungszitate stammen aus der Schwäbischen Chronik, dem zum Schwäbischen Merkur gehörenden Teil für „Inneres“.

⁸ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll Nr. 749 vom 27.03.1884

⁹ Ursprünglich wurden den Bürgern drei Kandidaten von der königlichen Regierung vorgeschlagen, aus denen sie einen auswählen konnten. Seit 1849 galt die offene Ausschreibung, die königliche Bestätigung des Gewählten blieb aber erhalten. Wenn ein Kandidat mehr als 2/3 der Stimmen erhielt, musste ihn der König ernennen.

reden gemacht, doch unterliegt es keinem Zweifel, dass auch sie Anhang unter den vierhunderttausend Wählern besitzen und daß für beide in der Stille gearbeitet wird.“¹⁰

Eine öffentliche Kandidatenvorstellung mit ca. 2000 Besuchern fand am 5. Juni 1884 in der Turnhalle statt, über die ebenfalls ein Bericht in der schon mehrfach zitierten Zeitung erschienen ist: „Alle drei Redner fanden ersichtlich gute Aufnahme.“¹¹ Amtsrichter Landauer musste sich gegen Unterstellungen wehren, er sei ein Regierungskandidat und stünde der Volkspartei nahe. Er versprach „überall auszugleichen, zu begütigen, zu vermitteln“. Für Amtmann Jakob Christmann hatten sich die in Heilbronn traditionell starke Volkspartei sowie die Weingärtner ausgesprochen. Amtmann Schumm, der aus Heilbronn stammte und sich als Sohn eines Fabrikarbeiters „aus eigener Kraft hochgearbeitet“ hatte, galt als „arbeiternah“ und wurde von der freilich noch schwachen Sozialdemokratie empfohlen.

In diese Runde ehrbarer, akademisch vorgebildeter Verwaltungsbeamter platzte die Ankündigung, dass als weiterer Kandidat „Herr Staatsanwalt Hegelmaier“ anetrete, der aber „öffentlich vor der Wahl nicht auftreten werde.“ Auf einer Wahlversammlung am 24. Mai hatte ein „Wahlcomite“, bestehend aus dem Mechaniker (und „Fabrikanten“) Robert Gruis, dem Schiffskommissar Gottlieb Fischer „namens der Militärvereine“ und Herrn Freundsuh, „Kanzlist bei der Staatsanwaltschaft hier“, Herrn Hegelmaier zur Wahl empfohlen. In dem Zeitungsbericht heißt es weiter, dass „trotz oder wegen der ungemeinen Energie, welche Hegelmaier als Untersuchungsrichter, Staatsanwalt und Hauptmann der Landwehr entfaltet hat, für ihn eine Strömung in der Bürgerschaft vorhanden ist, von deren Umfang und Kraft freilich erst die Wahltag, 9. und 10. Juni, einen sicheren Begriff geben werden.“¹²

Auf der offiziellen Kandidatenvorstellung war Hegelmaier nicht aufgetreten, seine Anhänger hatten auch nicht den Mut, den dort geäußerten Vorbehalten gegen ihn („dass er sich zum Stadtvorstand absolut nicht eigne“¹³) zu widersprechen.

Vor der Wahl trieb Hegelmaier ein raffiniertes Spiel mit den Wählern und der öffentlichen Meinung. In der Neckar-Zeitung lässt er eine Erklärung drucken, „daß er für das ihm aus allen Schichten der beinahe gesamten Bürgerschaft entgegengebrachte Vertrauen danke, indem er eine Wahl ablehnen müsse.“¹⁴ Am 4. Juni 1884

¹⁰ Schwäbischer Merkur vom 25.05.1884; Heilbronn hatte ungefähr 30 000 Einwohner, wahlberechtigt waren aber nur die männlichen Bürger und Steuerzahler über 25 Jahren. Wer nicht in Heilbronn geboren wurde, konnte das Bürgerrecht auf Antrag gegen eine Gebühr erhalten. Trotz dieser Einschränkungen war das Wahlrecht in Württemberg – etwa im Vergleich mit dem Dreiklassenwahlrecht in Preußen – relativ fortschrittlich.

¹¹ Schwäbischer Merkur vom 06.06.1884

¹² Schwäbischer Merkur vom 25.05.1884: „Die Sphinx des allgemeinen Wahlrechts ist nicht zu berechnen.“

¹³ So Gustav Kittler, der Anführer der Sozialdemokraten in Heilbronn; KITTLER, Erinnerungen (1910), S. 88

¹⁴ Neckar-Zeitung vom 30.05.1884, zit. n. Schwäbischer Merkur vom 01.06.1884



*Oberbürgermeister
Paul Hegelmaier; um 1900*

allerdings wird gemeldet, „daß die Aussichten Hegelmaiers in der letzten Zeit ungemein gestiegen sind.“¹⁵

Aus den Erinnerungen Kittlers erfahren wir: „[Es] erschien jeden Tag ein Flugblatt seines Komitees, manchmal auch zwei. Sämtliche hiesige Zeitungen waren mit Aufrufen und Anpreisungen vollgepfropft. Heute erfuhr die Wählerschaft, dass

¹⁵ Schwäbischer Merkur vom 04.06.1884

Hegelmaier die Kandidatur abgelehnt habe, und morgen, daß er sie wieder angenommen. Diese Komödie wiederholte sich nicht weniger als fünfmal [...]. Es war der reinste Fasnachtsrummel. [...] Kein ruhig Denkender nahm die Kandidatur Hegelmaiers mehr ernst.“¹⁶

Mit dieser Einschätzung lag Kittler gründlich daneben; ein einziger Auftritt in einer Versammlung in der Harmonie am Sonntag vor der Wahl (Wahltag waren der folgende Montag und Dienstag) genügte Hegelmaier für einen sensationellen Wahlsieg mit 79 % der Stimmen. Am Samstag nach der Wahl brachte ihm „eine riesige Volksversammlung“ ein „Ständchen mit Ovationen“ dar, beteiligt waren „eine große Menschenmenge, u.a. Gesangsvereine, Turner und Feuerwehr.“¹⁷ Hegelmaier – so lesen wir wiederum im Schwäbischen Merkur – dankte „ergriffen für die großartigen Ovationen und für das glänzend dargebrachte Vertrauen.“ Er versprach, dass „alle ohne Ansehen der Person offenes Gehör für ihre Angelegenheiten finden“ und er hoffe, dass ihm auch „die Herzen der Gegner“ zufallen werden. Mit dem Lied „Schon die Abendglocken läuten“ schloss der Festzug.¹⁸

Wie ist diese offensichtliche Protestwahl, wie der Sieg des „schneidigen Staatsanwalts“ zu erklären?

In zeitgenössischen Quellen (und in der Sekundärliteratur) wird ein nicht näher belegtes Unbehagen an der „Vetterleswirtschaft“, die angeblich unter dem Oberbürgermeister Wüst auf dem Rathaus Einzug gehalten habe, als Hauptgrund genannt. „Wir brauchen einen Hechelmaier, der auf dem Rathaus ordentlich zu hecheln versteht“ – dieses Schlagwort wird im Schwäbischen Merkur zitiert.¹⁹ Durch die längere Krankheit des Oberbürgermeisters Wüst hatte der zum Stellvertreter bestellte Ratsschreiber Heyd eine Schlüsselposition erreicht, er galt als führender Kopf der „Rathausbeamten“, die sich (zusammen mit einem Teil der bürgerlichen Gremien)²⁰ gegen die Person und die Wahl Hegelmaiers ausgesprochen hatten, was offensichtlich kontraproduktiv war.

Möglicherweise war in einem Teil der Bürgerschaft der Eindruck entstanden, von einer „geschlossenen Gesellschaft“ regiert zu werden, weil einzelne Gemeinderäte immer wieder in das Gremium gewählt wurden. Vermutlich waren auch die bei jeder Etatberatung wiederkehrenden Gesuche der städtischen Beamten um Gehaltsaufbesserungen ein Ärgernis, zumal es noch keine städtische Besoldungsordnung gab.

Mit der „Vetterleswirtschaft“ im weiteren Sinn kann auch die „Kaufmannsaristokratie“ in Heilbronn gemeint sein, die vielfach miteinander verwandten und ver-

¹⁶ KITTLER, Erinnerungen (1910), S. 88

¹⁷ Schwäbischer Merkur vom 14.06.1884

¹⁸ Schwäbischer Merkur vom 14.06.1884

¹⁹ Schwäbischer Merkur vom 04.06.1884

²⁰ Mit dieser Sammelbezeichnung sind Gemeinderat und Bürgerausschuss gemeint, über deren Befugnisse weiter unten berichtet wird.

schwägerten Kaufmanns- und Fabrikantenfamilien, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in Heilbronn stark beeinflusst haben.

Ob es auch zu Verquickungen zwischen privaten Geschäftsinteressen und Gemeinderatsmandat kam, lässt sich nicht mehr feststellen.²¹ Offensichtlich sehnten sich viele Wähler nach dem berühmten „frischen Wind“ oder auch dem „wind of change“, was auch heute noch gelegentlich wahlentscheidend sein kann.

Obwohl im Vorfeld der Wahlen – so steht es jedenfalls im Schwäbischen Merkur – abgesprochen war, „die Stadtvorstandswahlen allen politischen Karakters zu benehmen“²², agierte die Volkspartei mit ihren Wahlempfehlungen ausgesprochen ungeschickt. Dadurch wurde der Boden für den Sieg des konservativen Kandidaten Hegelmaier bereitet, der von der Deutschen Partei dezent unterstützt, aber „von der breiten Masse auf den Schild gehoben“ wurde, wie der spätere Gemeinderat Rosengart formulierte.²³

Kein Zweifel – die „Volkswahl“ hatte einen „Volkshelden“ hervorgebracht, der die Stadt Heilbronn 20 Jahre lang beherrschen und beschäftigen sollte. Allerdings war die anfängliche Begeisterung für Hegelmaier bald verflogen, „er verlor schnell das Vertrauen in der Bevölkerung“, heißt es in mehreren Berichten.²⁴ Vor allem mit den „bürgerlichen Collegien“ kam es zu Konflikten, die in ein (erfolgloses) Amtsenthebungsverfahren und in einen Prozess vor dem Disziplinarhof mündeten, worüber weiter unten ausführlich berichtet wird.

Um das ganze Ausmaß dieser Wahlentscheidung zu verstehen, muss man sich die „Amtsobliegenheiten eines Stadtvorstandes“ in Württemberg vergegenwärtigen, die in der Gemeindeordnung von 1822 festgelegt und noch zur Zeit Hegelmaiers gültig waren. Dort heißt es im § 14:

„Dem Orts-Vorsteher liegt es ob, die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu erhalten, die Orts-Polizei im Namen der Gemeinde, die Landes-Polizei im Namen und aus beständigem Auftrage der Regierung zu handhaben, die Gesetze und die in Gemäßheit derselben von den Staats-Behörden getroffenen Anordnungen zu verkünden, zu vollziehen, und durch andere vollziehen zu lassen, für Aufrechterhaltung der Gesetze, der Religion und guter Sitten zu sorgen, der Armen und Notleidenden sich anzunehmen, Hilfsbedürftige zu beraten, gegen Unrecht und Gewalt zu schützen, das Wohl der Gemeinde und ihrer einzelnen Glieder nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern, die Verwaltung des Gemeindevermögens zu leiten, die Rechner

²¹ In Prozeß Hegelmaier (1894) finden sich Andeutungen in dieser Richtung, besonders den Gemeinderat und Werkmeister Kieß betreffend.

²² Schwäbischer Merkur vom 11.06.1884

²³ Prozeß Hegelmaier (1894), S. 96; Rosengart kam erst im Jahr 1884 nach Heilbronn und ist deshalb ein relativ unvoreingenommener Beobachter.

²⁴ Vgl. u.a. Der Beobachter. Ein Volksblatt aus Schwaben vom 06.11.1884; dort wird die Neckar-Zeitung mit einer ähnlichen Feststellung zitiert.

und übrigen Offizianten zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten, Mißbräuche und Unordnungen aller Art zu verhüten, zu entdecken und zur Rüge zu bringen. [...]“

In § 15 wird die Strafgewalt des Ortsvorstehers erläutert, der ermächtigt ist, „Ungehorsam seiner Untergebenen oder andere Polizeivergehungen mit einer Geld- oder Gefängnisstrafe zu ahnden [...]. Übrigens darf ein Ortsvorsteher gegen Mitglieder des Gemeinderats, mit Einschluss des Ratsschreibers, nur auf Geldstrafen erkennen.“²⁵

Obwohl sich im Laufe der Zeit vor allem nach der Reichsgründung erhebliche Änderungen des Geschäftsbereichs ergeben haben, sind – im Vergleich mit heute – die polizeilichen und richterlichen Befugnisse auffallend, besonders im Bereich der freiwilligen Gerichtsbarkeit bei Unterpfandsachen, Beglaubigungen von Liegenschaftsangelegenheiten u.a., wobei erhebliche Gebühren anfielen, die das fixe Gehalt des Stadtvorstands aufbesserten.

In allen Amtsangelegenheiten ist der Stadtvorstand allerdings auf den Gemeinderat angewiesen, ja man kann sagen, „das eigentliche Verwaltungsorgan ist der Gemeinderat“. In einer Abhandlung über die „Geschichte der städtischen Verwaltung im 19. Jahrhundert“ heißt es: Dem Gemeinderat „liegt es ob, die Rechte der Stadt dem Staat gegenüber zu vertreten, das Vermögen der Gemeinde zu verwalten, die Ortspolizei auszuüben und die zum Wohl der Bürger ihm nötig scheinenden Maßregeln zu treffen. Er sorgt für die Instandhaltung der städtischen Gebäude, für Bewirtschaftung des Grundbesitzes, setzt die Einnahmen und Ausgaben fest und beaufsichtigt deren Verwaltung; er sorgt für Ruhe und Sicherheit durch Anstellung des Sicherheitspersonals und durch Fürsorge für die Feuerlöschanstalten; er übt die Bau- und Feuerpolizei, sowie die Prüfung der Nahrungsmittel; im Interesse der gesamten Bürgerschaft hält er die Straßen instand, übernimmt ihre Pflasterung und Reinigung; die Stadtbeleuchtung, die Wasserversorgung, die Kanalisation erfordern seine besondere Aufmerksamkeit und die Bereitstellung immer größerer Mittel. Dazu kommt die Fürsorge für die Armenanstalten der Stadt und die Förderung des Schulwesens [...]“.

„Die umfangreichen Geschäfte des Gemeinderats vollziehen sich unter der Leitung des Stadtschultheißen. Er beruft den Gemeinderat, bereitet die Sitzungen vor, leitet die Verhandlungen und vollzieht die Beschlüsse [...]. Gewiß ein äußerst ausgedehntes Gebiet, wenn wir berücksichtigen, dass auf allen Gebieten der städtischen Verwaltung er die Initiative zu ergreifen und die Vorarbeiten so zu machen hat, dass der Gemeinderat darüber Beschluss fassen konnte.“²⁶

Seit dem Gesetz vom 6. Juli 1849 war es den Stadtgemeinden erlaubt, für die vielen Geschäftszweige des Gemeinderats besondere Abteilungen oder „Commissionen“ zu bilden, wovon in Heilbronn reger Gebrauch gemacht wurde.

²⁵ Württembergische Gemeindeordnung 1822, Kgl. Württ. Staats- und Regierungsblatt vom 14.03.1822 (teilweise revidiert 1849 und 1885).

²⁶ EBERHARDT, Verwaltung (1905), S. 142f.

Wie man aus diesen Ausführungen entnehmen kann, hängt das Wohl einer Stadt von der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Stadtvorstand und Gemeinderat ab. Seit 1819 bestand zudem ein Bürgerausschuss, der als Interessenvertretung und Kontrollorgan der Gemeindebürger gegenüber dem Gemeinderat alle zwei (seit 1891 alle vier) Jahre gewählt wurde und in wichtigen Bereichen (vor allem in Finanz- und Personalfragen) den Beschlüssen des Gemeinderats „beitreten“ musste, also eine Art Vetorecht ausübte.

Es war ein hohes Maß an Verantwortung und Einfühlungsvermögen erforderlich, um in dem Beziehungsgeflecht zwischen bürgerlichen Gremien und Stadtvorstand erfolgreich agieren zu können. Vor allem setzte es gegenseitiges Vertrauen voraus – und daran ließ es der neugewählte Oberbürgermeister fehlen. Schon bald ist vom „unleidlichen Verhältnis des Oberbürgermeisters zu den bürgerlichen Kollegien“ die Rede, und viele Gemeinderäte klagen, dass es „auf die Dauer geradezu unmöglich gewesen sei, ihm mit Vertrauen entgegenzukommen.“²⁷

Das hängt mit Hegelmaiers Amtsverständnis zusammen, der ohne Verwaltungserfahrung in sein Amt gewählt worden war und aus der Kombination von plebiszitärer Wahl und lebenslänglicher Ernennung eine Unabhängigkeit im Amt ableitete, die fast zwangsweise zu Konflikten führen musste. Obwohl die Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden in Württemberg verhältnismäßig groß waren, hatte sich die Staatsregierung ausgedehnte Aufsichts- und Kontrollrechte vorbehalten, vor allem was die Etataufstellung samt Kreditaufnahme, die Bestellung von Stadtbeamten und die Ortsstatute sowie die Ortsbaupläne betraf. Hegelmaier hat diese Aufsichtsrechte nur widerwillig akzeptiert, er witterte hinter jeder Anordnung „von oben“ einen Angriff auf sich und die (gar nicht bestehende) Stadtautonomie.

Außerdem sah er den Gemeinderat als untergeordnete Instanz an, die zwar die erforderlichen Mittel bewilligen durfte, ansonsten aber keine echte Mitbestimmung oder Gleichberechtigung hatte.²⁸ Rechtsanwalt Joseph Kleine aus Heilbronn, ein enger Vertrauter Hegelmaiers, der ihn im schon mehrfach erwähnten Prozess vor dem Disziplinarhof vertrat, sagte unwidersprochen: „Man solle auch in Betracht ziehen, daß verlangt wurde, der Oberbürgermeister solle vor Gemeinderäten, die nichts gelernt haben und lediglich durch die Wahl aufs Rathaus gekommen, kapitulieren.“²⁹ In einem anderen Zusammenhang hat Hegelmaier sich über Gemeinderäte, mit denen er in einem Ausschuss zusammenarbeiten musste, so geäußert: Sie seien nur dazu da, die Akten zu schleppen, von der Sache selbst verstünden sie ja nichts.

²⁷ So beispielsweise Gemeinderat Adolf Schmidt als Zeuge; Prozeß Hegelmaier (1894), S. 104. Ähnlich äußerten sich viele Gemeinderäte aus allen politischen Richtungen.

²⁸ Der Heilbronner Gemeinderat beschwert sich in seiner Eingabe an die vorgesetzte Behörde vom 07.01.1889, dass Hegelmaier den Gemeinderat „nicht als ihm frei und mit bestimmten Befugnissen beigeordnete Körperschaft“ behandle, sondern dass der Oberbürgermeister sich „als den Selbstherrn, den Gemeinderat aber als ihm durchaus nachgeordnete Behörde“ betrachte; StA Ludwigsburg 324 I Bü 7

²⁹ Prozeß Hegelmaier (1894), S. 218

Hegelmaier hielt sich im Umgang mit dem Gemeinderat ganz an sein großes Vorbild Bismarck, der den Reichstag als „Schwatzbude“ verachtete und ihn nur in Uniform betrat. Soweit ging Hegelmaier nicht, aber dass im Gemeinderat „zu viel debattiert worden und so viel unnützes Zeug gesprochen“ wurde, dass es „ihm oft ganz dumm im Kopf wurde“, hat er selbst öffentlich geäußert.³⁰

Der schon erwähnte Gustav Kittler nennt Hegelmaier in seinen Erinnerungen deswegen auch „unseren kleinen Bismarck“ – obwohl dieser bekanntlich jederzeit vom Kaiser entlassen werden konnte, was 1890 auch geschah. Hegelmaier hingegen konnte von niemand entlassen oder abgewählt werden, und von daher ist auch der ironische Verweis auf den Papst in der Kapitelüberschrift gar nicht so abwegig – zumal sich Hegelmaier selbst in vielen Dingen für „unfehlbar“ hielt. Zumindest was das „Wohl der Stadt“ betrifft, lag die Deutungshoheit ausschließlich bei ihm, während er den Gemeinderäten indirekt Privat- oder Parteiinteressen unterstellte. „Er kenne auf dem Rathaus nur eine Partei, die Partei der Stadt Heilbronn“, sagte Hegelmaier in einer Grundsatzrede in der Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 1890 im Blick auf die neugewählten Mitglieder des Bürgerausschusses. „Er erhebe auch den Anspruch“ (heißt es im Protokoll weiter), „dass ihm die Überzeugung entgegengebracht werde, dass alles, was er getan habe, immer im Interesse der Stadt gelegen sei und wenn mit dieser Überzeugung zusammengearbeitet werde, so sei dies der richtige Standpunkt.“³¹

Diese Überparteilichkeit hinderte Hegelmaier allerdings nicht, schon im Herbst 1884, also wenige Monate nach Amtsantritt, bei den anstehenden Reichstagswahlen den konservativen Kandidaten und Gardeoffizier a.D. Joseph von Ellrichshausen, einen „Landedelmann aus Assumstadt“, aktiv im Wahlkampf gegen den bisherigen Reichstagsabgeordneten (und Heilbronner Gemeinderat) Gustav Härle zu unterstützen und später selbst als Anhänger der Deutschen Partei aufzutreten.³² Für Hegelmaier waren solche Aktivitäten durchaus mit den „Interessen der Stadt“ vereinbar, weil es sich nach seiner Auffassung um seine Privatangelegenheit handelte und weil es geboten sei („wenn sich durch das Anwachsen der Sozialdemokratie die Verhältnisse derart gestalten“), für die „gute Sache“ und gegen die Reichsfeinde einzutreten.

Gustav Radbruch, Professor in Heidelberg und Justizminister in der Weimarer Republik, hat die erwähnte Überparteilichkeit als „Lebenslüge des Obrigkeitsstaates“

³⁰ Prozeß Hegelmaier (1894), S. 108

³¹ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 06.02.1890

³² 1884 konnte sich Härle in der Stichwahl knapp gegen von Ellrichshausen durchsetzen, bei den Reichstagswahlen 1887 aber besiegte dieser Gustav Härle deutlich. Im Jahr 1898 errang Hegelmaier das Reichstagsmandat im III. württembergischen Wahlkreis in der Stichwahl gegen den Sozialdemokraten Gustav Kittler. Er war als Kandidat des konservativen Bauern- und Weingärtnerbundes angetreten, im Reichstag schloss er sich der konservativen Reichspartei an.

bezeichnet³³ – und Hegelmaier war gewissermaßen ihr Vertreter auf lokaler Ebene: „Der vermeintliche oder vorgebliche Standpunkt ‚über den Parteien‘ war in Wahrheit nur einer unter anderen Parteistandpunkten, von anderen nur dadurch unterschieden, dass er sich für den einzig möglichen, alle anderen Standpunkte aber für böswillig [...] hielt.“³⁴

Bevor auf die „Taten“ Hegelmaiers und seine Konflikte mit den bürgerlichen Gremien im einzelnen eingegangen werden kann, soll Hegelmaier kurz als Person vorgestellt und seine Amtsführung erläutert werden.³⁵

III Persönlichkeit und Amtsführung

*„Das Erste war ein großer Denker,
Das Zweite ein Genie des Lichts.
Das Ganze ist ein Städtelenker
Und eine Geißel des Gerichts.“³⁶*

Die in diesem Vierzeiler zum Ausdruck kommende Mischung aus Bewunderung und ironischer Distanzierung ist typisch für die Einschätzung Hegelmaiers in der Familientradition. Mit dem Philosophen Hegel war Hegelmaier zwar nicht verwandt, wohl aber mit dem berühmten Heilbronner Robert Mayer. Dessen Ehefrau und Hegelmaiers Mutter waren Schwestern, sie stammen aus der Kaufmanns- und Fabrikantenfamilie Closs in Heilbronn.

Paul Hegelmaier wurde 1847 als erstes Kind des Oberamtsrichters Gottlob Hegelmaier und seiner Frau Johanna geboren. Nach dem frühen Tod des Vaters³⁷ zog die Familie nach Heilbronn, dort besuchte Paul Hegelmaier das Karlsgymnasium bis zur Reifeprüfung 1865. Anschließend studierte er (mit Unterstützung aus einer Familienstiftung) in Tübingen Rechtswissenschaften, 1869 bestand er die erste juristische Dienstprüfung.

³³ Gustav Radbruch, Die politischen Parteien im System des deutschen Verfassungsrechts; zit. nach: Demokratie und Diktatur (1986), S. 75

³⁴ Ebd.

³⁵ Näheres zur Herkunft und Familie, Ausbildung und Beruf vgl. MÜLLER, Hegelmaier (2014)

³⁶ Entnommen aus den Lebenserinnerungen von Dr. Leopold Hegelmaier, einem Vetter von Paul Hegelmaier; HEGELMAIER, Lebenserinnerungen (1937). Genaue Angaben zu den Familienverhältnissen bei GRÜNEBERG, Erinnerungen (1937); außerdem ARNOLD, Cloß (2009), S.186–198.

³⁷ Gottlob Hegelmaier hatte ein Herzleiden und beging Selbstmord. Ob und wie sich die Familie damit auseinandergesetzt hat, ist nicht bekannt. Im Gutachten des Medizinalkollegiums heißt es zu den Familienverhältnissen: „Hegelmaier ist zu Geistesstörung erblich veranlagt, sein Vater endete in Geisteskrankheit durch Selbstmord, seine Mutter war schwer hysterisch [...]“; StA Ludwigsburg E324 Bü 7 Nr. 6

Nach dem Studium trat Hegelmaier in den württembergischen Justizdienst ein und wurde in verschiedenen Orten als Justizassessor eingesetzt, u.a. in Neckarsulm. Dort heiratete er am 8. Juni 1874 die Tochter des dortigen Oberamtsrichters Wilhelm Ganzhorn. 1879 wurde die Tochter Johanna geboren, die unverheiratet blieb und bis zu ihrem Tod 1942 vom Vermögen ihrer Eltern lebte. Ein Sohn ist 1882 noch als Säugling gestorben. Im Oktober 1879 wurde Hegelmaier als Landrichter nach Heilbronn versetzt, seit 1881 war er Staatsanwalt und Untersuchungsrichter.

Zwischen die erste und zweite Dienstprüfung fällt das Ereignis, das Hegelmaier stark geprägt hat: die sog. Reichsgründung im deutsch-französischen Krieg 1870/71. Bei Ausbruch des Krieges meldete sich Hegelmaier (er hatte nicht „gedient“) als „Freiwilliger auf Kriegsdauer“³⁸ und wurde dem ersten Landwehersatzbataillon in Ulm zugeteilt. Mit dem ersten württembergischen Infanterieregiment nahm er am Feldzug gegen den „Erzfeind“ teil, er war an den Gefechten bei Villiers und bei der Belagerung von Paris beteiligt.

Bekanntlich kam es während der Belagerung von Paris zur „Kaiserproklamation“ in Versailles, die Hegelmaier in seiner Bewunderung für die Person und Politik Bismarcks bestärkt hat.

In Heilbronn vertrat Hegelmaier die „schwarz-weiß-rote“ Richtung in der damaligen Politik; dort stieß er mit der „schwarz-rot-goldenen“ Tradition zusammen, die in der Stadt noch zahlreiche Anhänger hatte.³⁹

Die „Deutsche Partei“ war in Württemberg und Heilbronn das Sammelbecken für Verfassungsliberale, Nationalliberale, freikonservative Adelige und konservative Pietisten. Ihr gehörten vor allem Kaufleute, Fabrikanten und Rechtsanwälte an, der örtliche Vorsitzende der ca. 50 Mitglieder war Rechtsanwalt Adolf Otto. Seit dem Rechtsruck der Partei 1884 mit der Heidelberger Erklärung unterstützte die Partei vorbehaltlos Bismarck und seine Politik. Ob Hegelmaier Mitglied der Deutschen Partei war⁴⁰, ist nicht genau bekannt. Bei der Oberbürgermeisterwahl 1884 trat er als Unabhängiger an, wurde aber indirekt von der Deutschen Partei unterstützt. Später aber gingen die Deutsche Partei in Heilbronn und die ihr nahestehenden Gemeinderäte auf Distanz zu Hegelmaier.⁴¹ Einzelne Gemeinderäte (z.B. der schon erwähnte Gemeinderat Adolf Schmidt) sagten auch im Hegelmaier-Prozess gegen ihn aus.

Als Oberbürgermeister brachte Hegelmaier den preußisch-militaristischen Ton nach Heilbronn, er neigte im Umgang mit den städtischen Beamten und dem Gemeinderat zum Kommandostil und ließ nur seine Meinung gelten. Er erwartete stets

³⁸ Vgl. Personalbogen der Militärverwaltung, Akte Nr.841; HStA Stuttgart M 430/5 Bü 925

³⁹ Schwarz-rot-gold waren die Farben der 1848er Revolution und der Demokratie. Schwarz-weiß-rot waren die Farben des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreichs.

⁴⁰ Laut ARNOLD, Cloß (2009), S.192, ist er seit ca.1870 als Mitglied nachweisbar.

⁴¹ Schwäbischer Merkur Nr. 281 vom 28.11.1891: „Die Partei erblickt in der Person des derzeitigen Stadtvorstandes ein Hindernis der ruhigen Entwicklung der städtischen Verhältnisse [...]“.

Zustimmung, keine Widerrede. Schon in einer dienstlichen Beurteilung aus dem Jahr 1878 heißt es, dass Hegelmaier „wegen seiner Hartnäckigkeit im Festhalten der eigenen Ansicht, der fehlenden Unterordnung unter Beschlüsse des Kollegiums und seinem Eigenwillen“ nicht für ein Kollegialgericht vorgeschlagen werde.⁴²

In diesen Zusammenhang gehört auch Hegelmaiers Begeisterung für das Reiten. Bei seinen morgendlichen Ausritten soll der Oberbürgermeister gelegentlich auch städtische Arbeiten und Arbeiter kontrolliert haben, was in manchen Veröffentlichungen bis heute als Beweis für seine Umsicht und Tatkraft genommen wird. Dass er wegen unerlaubten Reitens über Wiesen und Felder angezeigt und bestraft wurde, wird als „kleingeistig“ abgetan. Man kann es aber auch ganz anders sehen: Wenn heute ein Oberbürgermeister mit dem Fahrrad in „seiner“ Stadt unterwegs ist, setzt er ein Zeichen. Hegelmaier setzte mit seinen Ausritten ebenfalls ein Zeichen – er trat als „Herrenreiter“ auf, der seine Untergebenen von oben herab behandelte.

Auch als Untersuchungsrichter profilierte sich Hegelmaier als Sachwalter Bismarcks und seiner Politik. Erwähnt sei nur seine Vorgehensweise gegen den Heilbronner Gustav Kittler im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz: Dieser wurde 1878 und 1883 von Hegelmaier im Zusammenhang mit der Verbreitung von Flugblättern inhaftiert und verhört, ohne dass es zu einem Prozess oder einer Verurteilung gekommen wäre.⁴³

Bei den Gemeinderatswahlen im Dezember 1885 wurde in Heilbronn Gustav Kittler mit 890 Stimmen in den Gemeinderat gewählt, als erster Sozialdemokrat in Württemberg. Bei seiner Vereidigung in der Gemeinderatssitzung vom 4. Januar 1886 ermahnte ihn der Oberbürgermeister Hegelmaier indirekt: Alle Gemeinderäte sollten „ihr Amt zum Wohle der Stadt ausüben [...] denn auf dem Rathaus werde keine Politik getrieben, auch die Lösung der sozialen Frage nicht behandelt.“⁴⁴

Offensichtlich war die Wahl Kittlers auch eine „Protestwahl“ und eine indirekte Antwort auf die Wahl Hegelmaiers zum Stadtvorstand 1884. „Das allgemeine Urteil der Bürgerschaft über den Oberbürgermeister sei am besten durch seine Wahl in den Gemeinderat zum Ausdruck gekommen, denn er verdanke dieselbe nur dem allgemeinen Gefühl, daß man Männer aufs Rathaus schicken müsse, die dem Oberbürgermeister sein herrisches Wesen legen.“⁴⁵ In den schon mehrfach zitierten „Erinnerungen“ schreibt Kittler über Hegelmaier: „Manchen harten Strauß gab es in den nächsten Jahren mit dem kleinen Bismarck auszufechten, der, wenn auch kleiner, so doch mindestens so gewalttätig und womöglich noch skrupelloser war wie der Große.“⁴⁶

⁴² Zit. nach ARNOLD, Cloß (2009), S. 191

⁴³ Einzelheiten bei MÜLLER, Kittler (2016)

⁴⁴ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 04.01.1886

⁴⁵ So wird Kittler in Prozeß Hegelmaier (1894), S. 110 zitiert.

⁴⁶ KITTLER, Erinnerungen (1910), S. 91f.

Wie schon oben erwähnt, verlor der mit großer Mehrheit gewählte Stadtvorstand schnell das Vertrauen in der Bevölkerung. Der Oberbürgermeister wollte das aber nicht wahrhaben, „er setzte seine Anmaßungen und Eigenmächtigkeiten fort“.⁴⁷ Außerdem lastet Hegelmaier die Zerwürfnisse in der Stadt und im Gemeinderat stets einseitig den „Collegien“ oder einzelnen Gemeinderäten an, auch nachdem er auf dem Höhepunkt der Querelen in die Heilanstalt Illenau in Südbaden eingeliefert wurde: „Er sei als Bürgermeister gewählt worden von den Einwohnern Heilbronn gegen den Gemeinderat. Ehe er noch sein Amt angetreten, sei deshalb schon im Collegium gegen ihn agitiert und intrigiert worden. Er sei so, ohne seinen Willen, von Anfang an in Kämpfe hineingeworfen worden und habe bald eingesehen, daß er nur durch rücksichtslose Strenge den alten Schlendrian aufräumen und sich Achtung verschaffen könne. Gemeinderat und Bürgerausschuß seien demokratisch, er habe keine Partei zu seiner Unterstützung gehabt. Auch habe er es außerdem mit manchen verdorben, wenn er dieselben in ‚Geldsachen‘ in die Schranken habe weisen müssen.“⁴⁸ Später vor dem Disziplinarhof nennt er nur noch zwei Gemeinderäte als „Macher“ gegen ihn: Werkmeister Gustav Kieß und Kommerzienrat Gustav Hauck – „alle anderen seien nur passiv und geschoben worden“.⁴⁹

Diese Aussagen machen deutlich, dass sich Hegelmaier stets als Angegriffener versteht und seine Handlungen als „Notwehr“ begreift. So heißt es in einem Medizinalgutachten, das 1892 angefertigt wurde: „Ein krankhaft hoch gesteigertes Selbstgefühl trat bei ihm hervor, zunächst in Amtshandlungen, bei denen Hegelmaier in herrischer Weise und vollkommen rücksichtslos die gesetzlich gezogenen Grenzen seiner Befugnisse überschritt und dem Gemeinderat gegenüber eine Stellung einnahm, die ebenso ungesetzlich als unklug war und sofort in der ganzen Stadt Verstimmlung und Verbitterung gegen ihn hervorbrachte.“⁵⁰

Aber man muss sich hüten, die Amtszeit Hegelmaiers nur unter den Kategorien „Verstimmung“ und „Konflikte“ zu betrachten. Es gab durchaus auch „normale“ Phasen der Zusammenarbeit, viele Entscheidungen wurden einvernehmlich getroffen.

Ein Beispiel ist das in Hegelmaiers erstem Amtsjahr 1885 verabschiedete „Statut, betreffend die Dienst- und Gehaltsverhältnisse der Gemeinde- und Stiftungsbeamten“.⁵¹ Das neue „System der Stellengehalte“ sollte der Übersichtlich-

⁴⁷ In den Prozessakten im StA Ludwigsburg E 324 I Bü 7 Nr.6 findet sich eine vollständige Abschrift des Berichts der Kreisregierung vom 2./3. Mai 1892, in dem sämtliche Verfehlungen Hegelmaiers zusammengetragen wurden, die als Grundlage für das Medizinalgutachten dienten.

⁴⁸ StA Freiburg B 821/2 Nr. 7456, Patientenakte der Heilanstalt Illenau vom 02.05.1892. Diese Eintragungen beruhen auf Gesprächen zwischen dem behandelnden Arzt und Hegelmaier und geben dessen Ansichten ziemlich wörtlich wieder.

⁴⁹ Prozeß Hegelmaier (1894), S. 212 (Schlusswort Hegelmaiers)

⁵⁰ StA Freiburg B821/2 Nr. 7456 Akten der Badischen Heil- und Pflege-Anstalt Illenau

⁵¹ StadtA Heilbronn E002-1192; gedruckt bei der Schell'schen Druckerei in Heilbronn 1885.

keit der Verwaltung dienen und „den Mitgliedern der bürgerlichen Kollegien die Prüfung der Gehaltsfrage erleichtern“, wie Hegelmaier zur Begründung ausführte. „Die fortwährenden gegenseitigen Vergleichen der städtischen Beamten untereinander in Bezug auf ihren Gehalt und die bei jeder Etatberatung wiederkehrenden Gesuche um Gehaltsaufbesserung werden ausgeschlossen.“⁵² Diese Bemerkung zielte vermutlich auf die im Wahlkampf 1884 erhobenen Vorwürfe der „Vetterleswirtschaft“, die hiermit hinfällig wurden. Eine höhere Belastung der öffentlichen Kassen komme vorläufig nicht in Frage, „die Bezahlung der hiesigen Gemeindebeamten ist im Durchschnitt als eine keineswegs übermäßige zu bezeichnen und eine Erhöhung des Gehalts ist für beinahe sämtliche Beamte auf das Jahr 1889 hinausgerückt“ – so Hegelmaier in der erwähnten Gemeinderatssitzung am 1. Januar 1885.⁵³ Nur für ihn selbst wurde eine Ausnahme gemacht – er erhielt bereits im Jahr 1887 eine Gehaltsaufbesserung um 1000 Mark.

Die Regelung der „Stellengehalte“ war übrigens im Zusammenhang mit der Stellenausschreibung für das Stadtschultheißenamt 1884 vom Gemeinderat selbst in die Wege geleitet und durch eine Kommission vorbereitet worden. Sie war auch deshalb notwendig geworden, weil im Kaiserreich den Kommunen immer mehr Aufgaben in der Sozial-, später in der Arbeitsverwaltung zugewiesen wurden. Das erforderte zusätzliche Stellen, auch der allmähliche Ausbau der später so genannten „Leistungsverwaltung“ zur Versorgung der Bevölkerung mit Gas, Wasser, Elektrizität usw. führte zu einem erheblichen Stellenzuwachs.

Viele diesbezügliche Maßnahmen der Stadt waren schon unter Oberbürgermeister Wüst begonnen worden und zogen sich jahre- und jahrzehntelang hin: Der Erwerb des Gaswerks durch die Stadt erfolgte 1882/83, der Gasometer wurde 1889/90 fertig. Anlage und Erweiterung des städtischen Wasserwerks erfolgten von 1873 bis 1897, die Kanalisation wurde zwischen 1880 und 1899 durchgeführt, die Pflasterung der Stadt samt Trottoiranlagen von 1882 bis 1899.⁵⁴

In diesen Zusammenhang gehört auch der Bau des Stadtbades am Wollhausplatz, für den sich Oberbürgermeister Hegelmaier mit Nachdruck eingesetzt hat. In der bisherigen Literatur wird das Stadtbad nur im Zusammenhang mit einer berühmten „Bäderreise“ unter dem Stichwort „Bordellbesuche“ erwähnt. Seine eigentliche Bedeutung geht dabei verloren: Es ist der Auftakt zu der erwähnten Leistungsverwaltung oder Kommunalwirtschaft der Städte im Kaiserreich. Weil die privat betriebenen Badeanstalten in Schwierigkeiten geraten waren, hatte der Gemeinderat am 27. Mai 1889 den Bau einer städtischen Badeanstalt beschlossen, die nach Hegelmaiers Worten „ein unbedingtes sanitäres Bedürfnis namentlich auch für die Arbeiterbevölkerung“ sei. Die Baukosten beliefen sich auf 280 000 M, davon wurden

⁵² Ebd.

⁵³ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 20.01.1885

⁵⁴ Angaben nach Beschreibung des Oberamts Heilbronn (1903), S. 74

Stadtbad Heilbronn.

Wollhausstrasse Nr. 7
bei der Woll- und Lederhalle.

Grosses Schwimmbassin.

Brausebäder. Wannenbäder in 4 Klassen.

Heissluft- und Dampfbäder mit Massage
in bester Einrichtung und Ausstattung.

In den Sommermonaten Mai bis September

I. Badezeit für die Schwimmhalle:

Die Herrenbadezeit:				Damenbadezeit:	
Vormittags		Nachmittags		Vor-	Nachm
Sonntag	7—1	—	—	—	—
Montag	6—9 Uhr	11—1	4—9	9—11	2 $\frac{1}{2}$ —4
Dienstag	6—9 „	11—1	5—9	9—11	2 $\frac{1}{2}$ —5
Mittwoch	6—9 „	11—1	4—9	9—11	2 $\frac{1}{2}$ —4
Donnerstag	6—9 „	11—1	2 $\frac{1}{2}$ —6	9—11	6—9
Freitag	6—9 „	11—1	4—9	9—11	2 $\frac{1}{2}$ —4
Samstag	6—9 „	11—1	4—9	9—11	2 $\frac{1}{2}$ —4
Volksbad Dienstag und Samstag von 6—9 Uhr abends.				Volksbad Donnerstag 6—9 Uhr abends.	

II. Wannenbäder und Brausebäder von 6—1 und 2 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr abends. Sonntag 7—1 Uhr.

III. Heissluft & Dampfbäder.

Für Herren:

Sonntag 7—1 Uhr, Montag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag Vormittags 6—1 Uhr. Montag, Dienstag, Mittwoch, Freitag, Samstag Nachmittag 2 $\frac{1}{2}$ —9 Uhr.

Für Damen:

Dienstag und Samstag Vormittag 6—1 Uhr.
Donnerstag Nachmittag 2 $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr.

Anzeige aus den Ausstellungsnachrichten zur Industrie-, Gewerbe- und Kunst-Ausstellung; 1897

100 000 M aus einer Stiftung des Heilbronner Kaufmanns Ernst Achtung gedeckt. Mit diesen Mitteln konnte eine „Badeanstalt mit Schwimmbassin“ errichtet werden, „die nach allen Richtungen den Anforderungen genügt.“⁵⁵

Zur inneren Modernisierung der Gemeindeverwaltung gehört auch die im ersten Amtsjahr Hegelmaiers 1885 verabschiedete „Geschäftsordnung des Gemeinderats in Heilbronn“. Was seither nach Gewohnheit oder Absprache erfolgte, wurde jetzt in Paragraphen gefasst, gedruckt und veröffentlicht: die Sitz- und Stimmordnung im Gemeinderat, die Sitzungstage, die Tagesordnung, das Protokoll, die Unterscheidung von öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung, die Einrichtung und Besetzung wichtiger „Commissionen“ und Abteilungen. Was der Transparenz und dem reibungs-

⁵⁵ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 06.02.1890

losen Geschäftsablauf dienen sollte, war aber immer auch Ausgangspunkt heftiger Kontroversen. Der Oberbürgermeister benützte den § 5 („Der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung und leitet die Verhandlungen“) als Mittel, seine Machtstellung und seine Unabhängigkeit vom Gemeinderat zu betonen. Spontane Wortmeldungen und Anfragen wurden unterbunden („gehört nicht zur Tagesordnung“, „wenden Sie sich an das Oberamt“) oder auf den Schluss der Sitzung verschoben. Vor allem trat Hegelmaier jedem Versuch entgegen, der nach „Kontrolle“ durch den Gemeinderat aussah: „Ich bin kein städtischer Beamter, der der Kritik des Gemeinderats untersteht“ – so in der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1898.⁵⁶

1889 wurde in einer Faschingsbeilage der Heilbronner Zeitung („Der fidele Neckaresel“) eine Gemeinderatssitzung unter Hegelmaier folgendermaßen karikiert: „Neckarhausen. Rathausbericht vom 5. März unter dem Vorsitz des Herrn Senatspräsidenten Schlegelmaier. Die auf 9 Uhr bestellte Sitzung beginnt präzis 12 Uhr, da der Herr Vorsitzende zuerst einen kleinen Spazierritt nach Assumstadt und über verschiedene Äcker und Weinberge gemacht hat. Als Senator Lampe die leise Anfrage zu stellen wagte, ob es denn gar nicht möglich wäre, mit höchstens zwei Stunden Verspätung die Sitzungen zu eröffnen, wird er vom Vorsitzenden stark zur Ruhe verwiesen mit dem Bemerken, daß er thue, was er wolle, und daß er sich von keinem untergebenen Collegium auch gar nichts erbitten lasse. Im Übrigen können die Senatoren ganz ruhig daheimbleiben, er brauche das ewige Dreingepappel überhaupt nicht.“⁵⁷

In der Gemeinderatssitzung vom 27. September 1892 äußerte sich Gemeinderat Louis Huber laut Ratsprotokoll über die Amtsführung Hegelmaiers folgendermaßen: „Erst vor ein paar Tagen sei zu Gunsten Hegelmaiers im Frankfurter Journal ein Artikel gekommen, in welchem derselbe als ‚enormes Verwaltungstalent‘ bezeichnet werde; die Wahrheit sei, daß Hegelmaier nichts verstanden und nichts geschafft habe, sondern seine Beamten hierfür benutzt und stundenlang auf den Kanzleien über seine Gemeinderäte sich lustig gemacht und raisonniert habe.“⁵⁸

Mit den zuletzt zitierten Äußerungen sind wir wieder bei den Kontroversen um Hegelmaiers Person und Amtsführung angekommen, die in dem schon mehrfach erwähnten „Prozeß Hegelmaier“ ihren Höhepunkt fanden.⁵⁹

⁵⁶ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 01.07.1898

⁵⁷ Zit. nach JACOBI, Heilbronner Presse (1993), S. 43

⁵⁸ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 27.09.1892

⁵⁹ Außer der schon erwähnten Veröffentlichung zum Prozeß Hegelmaier (1894) sind die „Berichtigungen zum Prozeß Hegelmaier von Regierungspräsident Häberlen“ wichtig, weil der Verfasser interne Papiere und Zeitungsartikel abdruckt, die heute nicht mehr zur Verfügung stehen; HÄBERLEN, Prozeß (1894)

IV Der „Prozeß Hegelmaier“ – Provinzposse oder politisches Lehrstück?

Der Prozess vor dem „k. Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte“ vom 24. April bis 24. Mai 1894 in Stuttgart stellt nur den Schluss- und Höhepunkt einer langen Auseinandersetzung dar, die im Dezember 1888 begonnen hat. Der Kampf Hegelmaiers mit den bürgerlichen Kollegien und staatlichen Behörden hat ihn damals in ganz Deutschland bekannt gemacht, „noch viele Jahre klang der eigentümliche Ruhm von Krähwinkeleien und Schildbürgereien nach“, wie Theodor Heuss formuliert hat.⁶⁰ Auch heute noch liefert der sogenannte „Rathauskrieg“ Stoff für Zeitungsglossen und schwankhafte Darstellungen.⁶¹ Offensichtlich geht von dem Prozeß bis heute ein gewisser Reiz aus, der mit den beteiligten Personen und dem dramatischen Ablauf zusammenhängt und durch die politischen Einwirkungen verstärkt wird, die aus einem Lokalfall einen landesweiten politischen Skandal machen. Deshalb ist es angebracht, sich auf die Hauptlinien der verwickelten Vorgänge zu beschränken und viele (z.T. belanglose) Details wegzulassen.

Am 1. Dezember 1888 bat eine Abordnung des Heilbronner Gemeinderats, bestehend aus den Herren Adolf Heermann, Gustav Kieß, Georg Härle und Martin Haag, beim Württembergischen Staatsminister des Inneren um ein Entlassungsverfahren gegen Oberbürgermeister Hegelmaier, weil eine politische Lösung in Form einer Abwahl nicht möglich sei und ein freiwilliger Rücktritt oder eine andere berufliche Orientierung von Hegelmaier nicht in Erwägung gezogen werde. Grundlage war eine von allen Gemeinderäten unterzeichnete Erklärung, in der sie sich über „ehrenkränkende Äußerungen“ des Oberbürgermeisters beklagen und es ablehnen, „unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeisters fernerhin zu beraten, dass sie aber gleichwohl den ihnen von der Wählerschaft übertragenen Pflichten nachkommen werden.“⁶² Auch der Bürgerausschuss war an der Opposition gegen Hegelmaier beteiligt: Der Vorsitzende Dr. Adolf Otto legte „Verwahrung“ wegen der Bäderreise und ungenehmigter Reisekostenabrechnungen ein. Es kam zu gegenseitigen Klagen, die aber eingestellt wurden.⁶³

⁶⁰ HEUSS, Vorspiele des Lebens (1964), S.60. Heuss' Vater war Tiefbauinspektor bei der Stadt Heilbronn von 1890 bis 1900 und arbeitete mit Hegelmaier relativ gut zusammen.

⁶¹ Außer dem schon zitierten Beitrag von ENGISCH, Rathauskrieg (1996) beispielsweise auch zwei Glossen von Gerhard Raff: Heilbronn's hanebüchener Herrscher (Stuttgarter Zeitung vom 27.04.1912) und Raffs Raritäten: Hegelmaier, Heilbronn (Stuttgarter Zeitung vom 18.07.1997; in Dialektform).

⁶² Zitiert bei HÄBERLEN, Prozeß (1894), S.13; unterzeichnet haben die Gemeinderäte Heinrich Albrecht, Emil Dittmar, Martin Haag, Georg Härle, Gustav Hauck, Friedrich Hauth, Adolf Heermann, Gustav Kittler, Louis Link, Adolf Schmidt, Gustav Kies, Carl Haas, Louis Rendle, Ernst Ziegler, Carl Hohly, Louis Huber, Heinrich Drautz und Carl Doderer – also alle 18 Mitglieder. Die Reihenfolge richtet sich nach der „Abteilung“, in der sie gewählt wurden – alle zwei Jahre sechs Mitglieder – und nach der Stimmenzahl.

⁶³ ARNOLD, Adolf Otto (2007), S. 344

Im Januar 1889 begannen die Untersuchungen der Amtsführung Hegelmaiers, die im Oktober 1891 in eine „Disziplinaruntersuchung“ und im Februar 1892 zur Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens führten mit dem Ziel der Amtsenthebung Hegelmaiers als Oberbürgermeister und Stadtvorstand.

Federführend war die Kreisregierung in Ludwigsburg unter Präsident Albert von Häberlen, er war für die mit großem Aufwand und bürokratischer Akribie geführten Untersuchungen seiner Behörde verantwortlich. Am Ende stand ein in neun Abschnitte „zerlegtes“, außergewöhnlich umfangreiches Belastungsmaterial, das nach Meinung der Behörde „mit unfehlbarer Notwendigkeit“ zur Dienstentlassung Hegelmaiers „wegen dienstlicher und moralischer Unbrauchbarkeit“ führen werde. Deshalb wurde er auch im Februar 1892 vorläufig vom Amt suspendiert.

Allerdings ist es (damals wie heute) außerordentlich schwierig, einen Beamten durch ein Disziplinarverfahren aus dem Dienst zu entfernen, wenn nicht gravierende (strafrechtliche) Verstöße vorliegen. Außerdem hätte ein „erfolgreiches“ Disziplinarverfahren zum moralischen und finanziellen Ruin Hegelmaiers geführt, was eigentlich niemand wollte. Deshalb wurde im Jahr 1892 ein Ausweg in Form eines Verwaltungsverfahrens mit dem Ziel der Dienstentlassung wegen Geisteskrankheit in Gang gesetzt, das sich an die Vorgänge in Stuttgart zur gleichen Zeit anlehnte. Dort war nämlich im Mai 1892 Oberbürgermeister Theophil Friedrich von Hack nach schwerer Erkrankung „notgedrungen“ durch Beschluss der bürgerlichen Gremien in den Ruhestand versetzt und von König Wilhelm II. am 4. Oktober 1892 „wegen durch Krankheit herbeigeführte dauernde Dienstunfähigkeit“ von seinem Amt enthoben worden.⁶⁴ Ein jährliches Ruhegehalt von 7000 Mark für von Hack wurde von den bürgerlichen Gremien festgesetzt und von der Kreisregierung genehmigt.

Oberbürgermeister Dr. Friedrich von Hack war ein überaus verdienstvoller und allseits anerkannter Stadtvorstand, der sich offensichtlich im Dienst überarbeitet hatte und dem in einem ärztlichen Gutachten „melancholische Gemütsdepression“ bescheinigt worden war, weswegen er auch mehrere Wochen in der Heil- und Pflegeanstalt Winnenden verbringen musste.⁶⁵

Im Fall Hegelmaier lag Ende Juli 1892 ein Medizinalgutachten vor, das aufgrund der Aktenlage zu dem Schluss kam, dass Hegelmaier „geisteskrank und unzurechnungsfähig“ sei und deshalb „krankheitshalber“ zu entlassen sei. Von wem dieses Gutachten veranlasst wurde, lässt sich im einzelnen nicht mehr klären. Angeblich seien den Regierungsbeamten Zweifel am Geisteszustand Hegelmaiers (u.a. wegen der Vielzahl der Beschwerden und Strafanzeigen) gekommen, vermutlich steckten aber „hohe Regierungskreise“ hinter dieser Wende, u.a. der Staatsminister des

⁶⁴ Vgl. StadtA Stuttgart, Akte 10 Depot A 1517

⁶⁵ Eine Würdigung von Oberbürgermeister Hack durch August Hölder sowie zahlreiche Nachrufe bei seinem Tod (1911) finden sich in der erwähnten Akte.

Inneren Karl von Schmid. Er gab Regierungspräsident Albert von Häberlen den Auftrag, mit dem Gemeinderat zu einer ähnlichen Lösung wie in Stuttgart zu kommen.

Am 27. September 1892 fand die entscheidende (nichtöffentliche) Sitzung von Gemeinderat und Bürgerausschuss statt:

„Regierungspräsident von Häberlen aus Ludwigsburg hat die bürgerlichen Kollegien von Heilbronn zusammenrufen lassen, um ihnen in höherem Auftrag eine eingehende Mitteilung über den Stand der Angelegenheit Hegelmaier zu geben“, heißt es im Ratsprotokoll. „Der Regierungspräsident teilt mit, dass Hegelmaier nach dem unanfechtbaren Ausspruch der höchsten Medizinalbehörde des Landes, des k. Medizinalkollegiums, geisteskrank und unzurechnungsfähig ist und dass er deshalb seines Amtes enthoben werden muss.“⁶⁶

Die völlig überraschten Gemeinderäte reagierten erleichtert und ergänzten spontan den Medizinerbefund mit eigenen Beiträgen:

Gemeinderat Carl Haas bemerkte laut Ratsprotokoll, „seine Kollegen und er seien schon längst der Ansicht, dass es beim Oberbürgermeister im Oberstübchen nicht richtig sei, er bedaure nur, dass man drei Jahre gebraucht habe, bis diese Feststellung erfolgt sei.“ Gemeinderat Friedrich Hauth erklärte, „er habe ihn schon vor der Wahl für einen Narren gehalten“, was mehrere Gemeinderäte unterstützten. Allerdings durften solch private Beobachtungen oder Hinweise auf erbliche Belastungen bei Hegelmaier nicht herangezogen werden, weil Hegelmaier nach offizieller Lesart „im Dienst“ erkrankt sein musste, damit es zur vorgesehenen Amtsenthebung wegen Geisteskrankheit und zu einer Pensionszahlung kommen konnte. Denn „die pekuniäre Seite“ war der springende Punkt. Obwohl die Stadtgemeinde keine Rechtsverpflichtung zur Gewährung einer Pension habe – so Regierungspräsident von Häberlen weiter in der Gemeinderatssitzung – sei es „eine moralische Ehrenpflicht der Stadtgemeinde, in diesem Unglücksfalle einzutreten, nachdem Hegelmaier seinerzeit zum Stadtvorstand gewählt und während der Bekleidung dieser Stellung durch Krankheit dienstunfähig geworden sei. Die Herren werden gebeten, sich darüber auszusprechen.“⁶⁷

Die anschließende Aussprache wurde zur Generalabrechnung mit Hegelmaier: „In diesem Saal sei kein Mitglied, der für Hegelmaier eintrete“ – so Gemeinderat Carl Doderer. „Die Geduld der Kollegien sei übermäßig gewesen, man sei sehr froh, dass man jetzt von dieser Landplage befreit werde“ (Gemeinderat Heinrich Albrecht). „Nachdem Hegelmaier heute geistig begraben worden sei, empfehle er eine mäßige Pension für ihn; was man gebe, sei geschenkt“ (Gemeinderat Adolf Schmidt). „Verdient hat er nichts“ (Gemeinderat Heinrich Albrecht).

Im weiteren Verlauf der Sitzung, die von 9:45 Uhr bis 2:00 Uhr nachmittags dauerte, wurde vorgeschlagen, eine Kommission über die Pensionsfrage beraten zu

⁶⁶ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 27.09.1892

⁶⁷ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 27.09.1892

lassen. Außerdem wurde immer wieder die Frage angesprochen, wie die Bürgerschaft über das Gehörte zu informieren sei und ob den Wählern eine Pensionszahlung überhaupt „vermittelt“ werden könne. Denn schon früher hatte der Gemeinderat einen freiwilligen Rücktritt Hegelmaiers gegen eine lebenslange jährliche Pensionszahlung von 5000 Mark abgelehnt.

Regierungspräsident von Häberlen verwies auf den neuen Sachverhalt der Geisteskrankheit und glaubte, mit dem Verweis auf Stuttgart einen entsprechenden Beschluss der Heilbronner Gremien „richtig und erschöpfend“ begründen zu können.

Es kam in dieser Sitzung nicht mehr zu einer Entscheidung, vielmehr wurde eine Kommission beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten. Mit 7:2 Stimmen empfahl diese Kommission aus Gemeinderäten und Mitgliedern des Bürgerausschusses eine Pensionszahlung von 2500 Mark. Im Gemeinderat wurde dieser Vorschlag mit 9:7 Stimmen abgelehnt. Trotz der Zustimmung des Bürgerausschusses kam keine Entscheidung zustande, die „Stuttgarter Lösung“ war in Heilbronn gescheitert.

Ob Hegelmaier auf ein solches Angebot eingegangen wäre, ist mehr als zweifelhaft. Er reagierte nämlich mit seinem Rechtsanwalt Joseph Kleine empört auf das Medizinalgutachten und legte dagegen Beschwerde beim Landtag ein. Damit war der Fall Hegelmaier endgültig zum Politikum geworden. Denn auch die vom stellvertretenden Sitzungsvorstand Gemeinderat Gustav Kieß veranlasste Veröffentlichung der wesentlichen Aussagen des Medizinalgutachtens und der Beschwerdepunkte aus dem Disziplinarverfahren in der Neckar-Zeitung vom 4. Oktober 1892⁶⁸ trug zur weiteren Eskalation des Falls bei. Jetzt geriet vor allem Regierungspräsident Häberlen unter Druck des Innenministers und der Hegelmaier und der Deutschen Partei nahestehenden Zeitungen. Er wurde dafür verantwortlich gemacht, dass die Vorgänge nicht geheim gehalten werden konnten; indirekt ist ihm auch das Scheitern der in Heilbronn von vorneherein aussichtslosen Stuttgarter Lösung angelastet worden.

Eigentlich hätte nach dem Scheitern des Verwaltungsverfahrens zur Amtsenthörung wegen Krankheit jetzt das (ruhende) Disziplinarverfahren wieder aufgenommen werden müssen. Aber die schon erwähnten „höheren Regierungskreise“ arbeiteten längst an einem „Plan B“, der einen Ausweg aus der Sackgasse versprach.

Im Dezember 1891 war ein Gesetz „betreffend Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte“ in Kraft getreten, das eine Lücke schließen sollte und offensichtlich auf den Fall Hegelmaier gemünzt war. Zeitgenössische Beobachter sprachen deshalb auch von einer „Lex Hegelmaier“.⁶⁹ Hintergrund war der Thronwechsel in Württemberg im Jahr 1891: der bisherige Kronprinz Wilhelm, mit dem Hegelmaier Kontakt hatte⁷⁰, wurde Nachfolger des verstorbenen Königs Karl, der die Regierungsgeschäfte

⁶⁸ Abgedruckt bei HÄBERLEN, Prozeß (1894), S. 101–105

⁶⁹ So Friedrich Dürr in der Heilbronner Chronik; Chronik Bd. 1 (1986), S. 469

⁷⁰ In einem Handschreiben vom 27.02.1887 an den „werthen Herrn Oberbürgermeister“ dankte der damalige Thronfolger Prinz Wilhelm für die Unterstützung des Reichstagsabgeordneten Joseph von

weitgehend seinen Ministern überlassen hatte. Und spätestens seit diesem Wechsel konnte sich Hegelmaier auf das Wohlwollen nicht näher bekannter „Hofkreise“ und einflussreicher Landtagsabgeordneter der Deutschen Partei verlassen. So kam es, dass die Kreisregierung im März 1893 ihre umfangreichen Voruntersuchungen beenden und das Aktenmaterial am 5. April 1893 an den erwähnten Disziplinarhof abgeben musste. Im Juni 1893 wurde Regierungspräsident Häberlen (gewissermaßen als Bauernopfer) zur Landesversicherungsanstalt versetzt, er galt in Regierungskreisen und in der Öffentlichkeit als derjenige, der den Fall Hegelmaier in die erwähnten Sackgassen geführt und den „unschuldigen“ Oberbürgermeister verfolgt und bloßgestellt hatte.

Vor allem die konservative Presse in Deutschland (z.B. „Deutsche Reichspost“ oder „Kölnische Zeitung“) lastete die „Indiskretionen“ im Fall Hegelmaier dem Regierungspräsidenten an; nach einem bis heute üblichen Muster wurden nicht die „Verfehlungen“ selbst, sondern ihre Veröffentlichung skandalisiert. In Württemberg wurde vor allem die Deutsche Partei für Hegelmaier aktiv: Auf ihrer Landesversammlung am 8. Januar 1893 stand „Die Stellung der Partei zum Fall Hegelmaier“ auf der Tagesordnung.⁷¹ Der Abgeordnete und Vizepräsident der Kammer Dr. Karl von Göz brachte den Fall vor den Landtag. Und im Hintergrund wirkte Hegelmaiers „alter Kamerad“ Joseph von Ellrichshausen zu seinen Gunsten.

So kam es allmählich zu einem Umschwung der öffentlichen Meinung, an der auch Hegelmaiers juristische Schachzüge nichts änderten. Gegen jede Maßnahme der Kreisregierung legte er Beschwerde ein, gegen den Regierungspräsidenten reichte er eine Privatklage wegen Beleidigung ein, ein Gesuch an den König um Aufhebung der Amtsenthebung wurde allerdings 1892 abgelehnt. Hegelmaier konnte es sich sogar leisten, mehrere Vorladungen zur Anhörung im Disziplinarverfahren zu ignorieren. Außerdem wurde die Sache durch weitere Prozesse verzögert, vor allem durch einen Strafprozess wegen „dreifacher Falschbeurkundung“ gegen Hegelmaier und Stadtschreiber Georg Füger, der von Mai 1892 bis April 1894 verschiedene Instanzen beschäftigte. Zunächst wurde Hegelmaier vom Landgericht Heilbronn freigesprochen, durch den Einspruch der Staatsanwaltschaft landete das Verfahren sogar beim Reichsgericht in Leipzig. Eine Neuverhandlung vor der „Ferienstrafkammer“ in Heilbronn brachte ihm drei Monate Gefängnis ein, dieses Urteil wurde aber von dem in letzter Instanz zuständigen Landgericht Hall aufgehoben. Dort wurde er am 17. April 1894 freigesprochen.⁷²

Ellrichshausen: „kann es mir nicht versagen, meine Freude kund zu geben an dem glänzenden Sieg der guten Sache in Heilbronn [...] Gottlob dass die Wahrheit, der echt patriotische, deutsch nationale Sinn in so großartiger Weise obsiegte! Wie groß Ihr Verdienst an diesem Siege war, habe ich wohl vernommen“; zit. n. ARNOLD, Cloß (2009), S. 193.

⁷¹ So HÄBERLEN, Prozeß (1894), S. 114

⁷² HÄBERLEN, Prozeß (1894), S. 114

Im Zusammenhang mit diesem Strafprozess (und nicht in dem Disziplinarverfahren) erfolgte auch die Einweisung Hegelmaiers in die badische Heilanstalt Illenau im Frühjahr 1893, weil die Strafkammer ein unabhängiges Gutachten über seinen Geisteszustand einforderte. Erst nach dem schon erwähnten und für Hegelmaier günstigen Gutachten aus Illenau konnten die Verhandlungen vor dem Disziplinarhof beginnen. Rechtzeitig hat auch das hochrangige Medizinalkollegium in Stuttgart sein „unanfechtbares“ Gutachten („Querulantenwahnsinn“ und „pathologische Affektzustände“) am 27. April 1894 widerrufen!

Man muss diese lange und verwickelte Vorgeschichte kennen, um den eigentlichen „Prozess Hegelmaier“ vor dem Disziplinarhof vom 23. April bis 24. Mai 1894 verstehen und beurteilen zu können. Ob dieser Prozess von vorneherein zu seinem Schutz vor dem Disziplinarverfahren geplant war oder gar seiner „Weißwäsche“⁷³ dienen sollte, sei dahingestellt. Fest steht, dass es Hegelmaier spätestens in diesem Prozess gelungen ist, die Rolle des Angeklagten weitgehend zu verlassen und als eine Art „Robin Hood“ aufzutreten, der sich gegen üble Verleumdungen und böse Verfolgungen der Behörden wehren muss. Dabei begünstigen ihn nicht nur seine juristischen Detailkenntnisse und sein Rechtsanwalt Kleine, sondern auch ein nachsichtiger Vorsitzender und harmlose Beisitzer, die Hegelmaiers selbstbewusste Auftritte und angriffslustige Zeugenbefragungen unwidersprochen hinnahmen. Ob dabei auch bundesbrüderliche Verbindungen eine Rolle spielten (wie in Teilen der Presse angedeutet wurde: Hegelmaier war Mitglied der Tübinger Burschenschaft Germania), lässt sich nicht nachweisen.

Hegelmaier deckte die prozessualen Mängel im Disziplinarverfahren schonungslos auf und konnte unbehindert seine (parteiliche) Sicht der Dinge vertreten, weil die „Anklageseite“ schlecht vorbereitet war und die Beamten der Kreisregierung (einschließlich des Präsidenten Häberlen) im Prozess nicht angehört wurden. Von „krankhafter Störung der Geistestätigkeit“ konnte keine Rede sein – mit jedem Auftritt im Prozess widerlegte Hegelmaier eindrucksvoll das Medizinalgutachten.

Es erübrigt sich an dieser Stelle, nochmals die „Anschuldigungspunkte“ in der „Disziplinaruntersuchungssache gegen Oberbürgermeister Paul Hegelmaier“ im einzelnen durchzugehen und die Wortwechsel mit den als Zeugen geladenen aktiven und ehemaligen Gemeinderäten und Bürgerausschussmitgliedern zu referieren. In der Tat erinnerten sich einzelne Zeugen nicht mehr an die teilweise Jahre zurückliegenden, teilweise banalen Vorfälle, manche relativierten auch ihre früheren Aussagen. So wurden vom Disziplinarhof eine Reihe von Anklagepunkten als „nicht in vollem Umfang erwiesen“ oder „als nicht hinreichend begründet“ eingestuft, und am Ende stand das überraschend milde Urteil: „In freier Würdigung dieser gesamten Sachlage hat der Disziplinarhof die Strafe der Dienstentlassung, die für den Angeschuldigten

⁷³ So die Vermutung von HÄBERLEN, *Prozeß* (1894), S. 3

die Vernichtung seiner moralischen Existenz bedeuten würde, nicht auszusprechen vermocht. Dagegen war auf eine Ordnungsstrafe gegen ihn zu erkennen.“⁷⁴

In einem Zeitungsbericht heißt es am Schluss: „Der Zudrang zu der Urteilsverkündung war ein außerordentlich großer. Der Urteilspruch wurde von der anwesenden Menge mit lebhaftem Bravo aufgenommen.“⁷⁵

Auch Hegelmaier und seine Anhänger waren zufrieden; bis heute wird in der Literatur von einem „moralischen Sieg“ Hegelmaiers gesprochen. Als Beleg wird dafür meist folgender Satz aus der Urteilsbegründung herangezogen: „Endlich durfte dem Angeschuldigten die Feststellung nicht versagt werden, dass ihm von keiner Seite und in keinem Fall ein eigennütziges, das Wohl der Stadt hintansetzendes Verhalten hat zum Vorwurf gemacht werden können.“⁷⁶

Wer aber die Urteilsbegründung als Ganzes liest, muss feststellen, dass sie für Hegelmaier menschlich und moralisch vernichtend ausfällt, wenn es auch juristisch (wie zu erwarten) nicht für eine Amtsenthebung gereicht hat. Dafür nur drei Beispiele:⁷⁷

„Auch einen Mißbrauch der Amtsgewalt vermochte der Disciplinarhof nur in dem Vorgehen des Angeschuldigten gegen den Dr. Mayer zu finden, wobei festgestellt wird, dass hier, in einem von Hegelmaier allerdings nicht ausschließlich veranlassenen, feindseligen Verhältnis, eine gehässige, mit sittlich und rechtlich verwerflichen Mittel unternommene Verfolgung vorliegt, die der Angeschuldigte vergeblich zu beschönigen versucht hat.“ [...]

„Für das unleidliche Verhältnis des Oberbürgermeisters zu den bürgerlichen Kollegien [...] hat die Beweisaufnahme ergeben, dass in dem Verhältnis des Angeschuldigten zu dem Gemeinderat [...] nicht ausschließlich, aber doch vorwiegend durch seine Schuld: durch sein selbstherrliches und gewalttätiges, weder die Meinung noch die Befugnisse Anderer achtendes Auftreten und durch das von ihm bei den bürgerlichen Kollegien gegen seine Wahrhaftigkeit hervorgerufene Mißtrauen eine schwere Störung eingetreten ist.“ [...]

„Obwohl nun die Anklage nur teilweise als begründet erfunden wurde, so hatte doch, angesichts der Zahl und teilweisen Bedeutung der erwiesenen Dienstverfehlungen, der Disciplinarhof in ernstliche Erwägung zu ziehen, ob nicht dieselben, in ihrem Zusammenhang, geeignet seien, gegen den Angeschuldigten die Annahme zu begründen, dass er der ferneren Führung seines Amtes unwürdig erscheine [...]“

⁷⁴ StA Ludwigsburg E 173 I Bü 411

⁷⁵ Sonderausgabe „abends 5 Uhr“ (vermutlich der Neckar-Zeitung) vom 21.05.1894

⁷⁶ StA Ludwigsburg E 173 I Bü 411

⁷⁷ StA Ludwigsburg E 173 I Bü 411

Und was die 100 Mark Ordnungsstrafe betrifft, so war der Disziplinarhof „durch das Gesetz gehindert, auf eine der Verschuldung des Angeklagten entsprechende Ordnungsstrafe zu erkennen.“⁷⁸

Nach heutigen Maßstäben war Hegelmaier trotz des relativ milden Gesamturteils „erledigt“ und hätte nicht mehr in sein Amt zurückkehren können. Dieser tat aber so, als sei nichts gewesen und als könne er so weitermachen wie bisher. Die erste Gemeinderatssitzung nach dem Urteil fand am 31. Mai 1894 unter seinem Vorsitz statt, und aus dem Gemeinderatsprotokoll lässt sich nur entnehmen: business as usual. Erst am Schluss der Sitzung platzt die Bombe, als Gemeinderat Martin Haag ums Wort bittet: „Ich habe im Auftrag einer überwiegenden Mehrheit der Mitglieder des Gemeinderats zu erklären, daß sie um ihre Entlassung aus dem Kollegium bei dem k. Oberamt nachsuchen werden.“⁷⁹

Darauf antwortete – scheinbar überrascht – der Vorsitzende: Ein derartiger Schritt sei nicht angezeigt, er würde ihn außerordentlich bedauern. Und dann wörtlich: „Was die früheren Vorgänge anbelangt, so wiederhole ich, daß sie von meiner Seite aus vollständig vergessen sind, ich persönlich auch gar nicht mehr darauf zurückkommen werde, was früher sich abgespielt hat. Ich bitte die Herren, die Sache sich nochmals zu überlegen und schließe die Sitzung.“⁸⁰

Hegelmaier machte aus seiner Sicht ein klassisches Friedensangebot („vergessen und vergeben“) und erwartete vom Gemeinderat, dass dieser es annehme. Da der Gemeinderat aber aus dem Verfahren als Verlierer hervorgegangen war, wollte und konnte er nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Die Gemeinderäte Gustav Kittler und Theodor Moosbrugger hatten sich über Ratsschreiber Heyd auf die Rednerliste setzen lassen und fühlten sich durch den abrupten Sitzungsschluss zu Recht übergangen. „Wiedereintritt Hegelmaiers“ heißt es im Ratsprotokoll.

Kittler: „Ich habe ums Wort gebeten“. Vorsitzender: „Ich kann jederzeit die Sitzung schließen und halte es nicht für angezeigt, dass wir die Sache heute weiter erörtern.“ Kittler berief sich auf die Geschäftsordnung, der Vorsitzende antwortete, die Zeit sei so weit fortgeschritten, dass er nicht im Sinn habe, in eine Verhandlung einzutreten, die sich persönlich zuspitzen könnte. Er sei etwas angegriffen und könne der Sache nicht mehr mit der nötigen Aufmerksamkeit folgen.

Aus dieser Episode lässt sich entnehmen, dass sich Hegelmaier trotz verbaler Verbindlichkeit nicht geändert hatte („Er ist noch derselbe“ heißt es in der Schwäbischen Tagwacht⁸¹) und dass er weiterhin mit Geschäftsordnungstricks seine Stellung behaupten wollte. Eine gemeinsame Sitzung von Gemeinderat und Bürgerausschuss am 6. Juni 1894 brachte eine weitere Zuspitzung: „Rücktritt des Stadtvorstands

⁷⁸ StA Ludwigsburg E 173 I Bü 411

⁷⁹ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 31.05.1894

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Schwäbische Tagwacht vom 02.06.1894

gegen Bewilligung der verlangten Pension“ hieß der einzige Tagesordnungspunkt. Grundlage war eine „Zuschrift des Herrn Oberbürgermeisters“ mit folgendem Inhalt: „Nachdem wiederholt von verschiedenen Seiten meine Person als das Hindernis für die Wiederkehr der Ruhe und des Friedens in der hiesigen Stadt und für die Herstellung geordneter Verhältnisse auf dem Rathaus bezeichnet wurde, will ich nicht ermangeln, um das Meinige zu tun, den bürgerlichen Collegien als den berufenen Vertretern der Bürgerschaft meinen freiwilligen Rücktritt von der Stelle des Stadtvorstands gegen bedingungslose Gewährung eines lebenslänglichen jährlichen Ruhegehalts von 5000 Mark hiermit anzubieten.“⁸²

In der folgenden Aussprache wurden Spannungen zwischen Bürgerausschuss und Gemeinderat sichtbar, u.a. deshalb, weil über das „Befreiungsgesuch“ des Gemeinderats vom Oberamt noch nicht entschieden worden war. Konnte er trotzdem beraten und entscheiden?

Am 7. Juni 1894 lehnte das Oberamt „das den Interessen der Stadt zuwiderlaufende Entlassungsgesuch“ von 14 der 18 Gemeinderäte⁸³ ab, weil „die Gründe als nicht derart dringlich angesehen werden wie es das Gesetz [...] vorsieht“⁸⁴. In einer weiteren Sitzung des Gemeinderats am 14. Juni 1894 erklärte der Oberbürgermeister, „daß er das Anerbieten des Rücktritts [...] nach Lage der Verhältnisse hiermit zurücknehme.“⁸⁵

In der Presse waren Andeutungen zu lesen, „als ob der Gemeinderat von oben Anweisung erhalten habe, von nun an Frieden zu halten.“⁸⁶ Diese „tendenziösen Ausführungen der Presse“ werden zwar von Gemeinderat Haag als „von Grund auf erfunden“ zurückgewiesen⁸⁷, aber die Sache war jetzt vollends verfahren. Über das erneute Rücktrittsangebot Hegelmaiers war noch nicht einmal im Gemeinderat verhandelt worden, da hatte er es schon wieder zurückgezogen.⁸⁸ Wegen Fristüberschreitung konnte der Gemeinderat beim Oberamt keine Beschwerde mehr gegen die Ablehnung seines Entlassungsgesuchs einlegen – und so ging die Sache aus wie das berühmte Hornberger Schießen: Der Gemeinderat blieb im Amt und Hegelmaier blieb Oberbürgermeister – bis zu seinem endgültigen Rücktritt im Dezember 1903. Es gibt Hinweise, dass der neue Innenminister Johann von Pischek, der im

⁸² StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 06.06.1894

⁸³ Die Gemeinderäte Heinrich Drautz, Gustav Hauck, Gustav Kittler und Theodor Moosbrugger haben das Entlassungsgesuch nicht unterschrieben. Dafür dürften jeweils individuelle Gründe maßgebend gewesen sein, weil sich unter ihnen sowohl Gegner als auch Anhänger Hegelmaiers befinden. Gemeinderat Gustav Hauck wird am 22.06.1894 „mit Rücksicht auf seine geschäftlichen Verhältnisse“ von seinem Amt entbunden.

⁸⁴ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 14.06.1894

⁸⁵ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 14.06.1894

⁸⁶ So Gemeinderat Haag in der Sitzung am 21.06.1894; StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 21.06.1894.

⁸⁷ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 21.06.1894

⁸⁸ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 21.06.1894

Dezember 1893 Nachfolger seines verstorbenen Vorgängers geworden war, auf eine Erledigung der Affäre Hegelmaier in dem angedeuteten Sinn gedrängt hatte.⁸⁹

Worin liegt – jenseits seines Unterhaltungswerts – der Erkenntniswert des verkürzt dargestellten „Prozess Hegelmaier“? Er gehört – so paradox es klingt – auch zur Modernisierung im Kaiserreich, von der einleitend die Rede war. Das betrifft in erster Linie die Rolle der Presse und der Öffentlichkeit. Wir haben uns daran gewöhnt, dass in der Massendemokratie nichts geheim bleibt und dass bei Personen des öffentlichen Interesses auch das Private nicht tabu ist. Angefangen hat diese Entwicklung im Kaiserreich, obwohl es keine Demokratie war. Aber durch das allgemeine Wahlrecht zum Reichstag und die häufigen Kommunalwahlen hatten die Wähler politischen Einfluss und es musste auf sie Rücksicht genommen werden. Außerdem gab es damals viel mehr Tageszeitungen als heute, sie waren zwar meist weltanschaulich oder parteipolitisch festgelegt, konkurrierten aber dennoch um Auflage und Leser. In Heilbronn tauchte etwa 1888 ein Dr. Franz Lipp auf, der die Heilbronner Zeitung übernahm und sie gegen die nationalliberale Neckar-Zeitung in Stellung brachte. Er neigte zum Sensationsjournalismus und war ein Gegner Hegelmaiers. Weil sich aus dieser Zeit keine Exemplare erhalten haben, lässt sich die Mitwirkung der genannten Zeitungen im Fall Hegelmaier nur indirekt erschließen. Gezielte Indiskretionen von Seiten des Gemeinderats und von Hegelmaier trugen zu dem aufgeheizten Klima bei.

Von der überregionalen Presse berichteten vor allem Der Beobachter (der Volkspartei nahe stehend) und das Organ der Sozialdemokratie, die Schwäbische Tagwacht, ausführlich über „unsern Lebenslänglichen“, wie Hegelmaier dort gelegentlich genannt wurde. Trotz der Überzeichnung Hegelmaiers als Diktator und Tyrann trugen diese Zeitungen dazu bei, dass der Kernpunkt des Konflikts, eben die Lebenslänglichkeit der Bürgermeister in Württemberg, immer wieder thematisiert und zum Gegenstand von Landtagswahlkämpfen wurde.⁹⁰ Über die Mitwirkung der konservativen Presse zugunsten Hegelmaiers wurde oben schon berichtet. Er selbst spielte nicht nur im Wahlkampf 1884, sondern auch während seiner Amtszeit immer wieder mit der Öffentlichkeit, weil er sogar vertrauliche Amtsangelegenheiten in Gastwirtschaften ausbreitete und seine Gegenspieler lächerlich machte.

Modern ist im Fall Hegelmaier auch seine Verteidigungsstrategie. Er nützte den Rechtsstaat bis an seine Grenzen aus und drängte die staatlichen Behörden in die Defensive, weil er selbst hochrangige Personen oder Gutachten juristisch anfocht. Überhaupt ist die Vermischung von Politik und Juristerei kennzeichnend für die ganze Angelegenheit. Die Versuche, politische Konflikte juristisch zu lösen und Gerichtsverfahren politisch zu beeinflussen sind auch heute nicht unbekannt.

⁸⁹ Dies kann aus dem StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 21.06.1894 indirekt entnommen werden.

⁹⁰ Einzelheiten bei GAWATZ, Wahlkämpfe (2001), S.238: die Forderung nach Verfassungsreform in Württemberg und der Kampf gegen die Lebenslänglichkeit war Hauptthema der Volkspartei in ihrer Auseinandersetzung mit der Deutschen Partei und führte 1895 zu ihrem überraschenden Sieg in den Landtagswahlen.

Modern ist schließlich auch, dass auf Erregungsphasen oft schnell wieder der politische Alltag folgte und eine gewisse Normalität einkehrte. So auch in Heilbronn nach 1894 – bis zu den erneuten Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Reichstagswahlen 1898.

V „Heilbronn – eine Stadt des Fortschritts“

Seit seiner Wiedereinsetzung ins Amt 1894 fand Hegelmaier verbindlichere Worte für die „Collegien“: „in Friede und Eintracht die Hand reichen und nur einen Zweck verfolgen, die Stadt Heilbronn einer noch größeren Entwicklung entgegen zu führen“⁹¹. Besonders der Bürgerausschuss wurde vom Oberbürgermeister mit Respekt behandelt: Er dankte etwa „für die verständnisvolle Zusammenarbeit zum Gedeihen und Wohle der Stadt“, der Bürgerausschuss sei „kein Bremsklotz“, sondern bereit, „das Notwendige zu genehmigen; es hängt ganz vom Bürgerausschuß ab, ob Nachbesserungen und Fortschritte, die Kosten erfordern, eingeführt werden können.“⁹² Offensichtlich erhoffte sich Hegelmaier von diesem Gremium mehr Unterstützung als vom Gemeinderat. Eine Rolle spielte dabei auch, dass die Vorsitzenden des Bürgerausschusses meist akademisch gebildet waren (z.B. die Rechtsanwälte Jakob Schloß und Wilhelm Wendler) und deshalb von Hegelmaier als gleichrangig angesehen wurden.

In seiner Ansprache in der ersten Gemeinderatssitzung 1897 erwähnt Hegelmaier folgende Vorhaben:

- das Stadtbad („die Frequenz hat stetig zugenommen [...] der Anbau eines weiteren Flügels ist erforderlich“);
- die Frage der Bottwartalbahn („Ich stelle mich auf den Standpunkt, daß die Gelegenheit, einen Südbahnhof zu erhalten, unter keinen Umständen verpasst werden darf und dass aber Opfer hierfür erbracht werden müssen. Die Verbindung mit dem Hauptbahnhof ist noch eine offene Frage [...]“);
- die „Durchführung der elektrischen Straßenbahn und Kramstraßendurchbruch, welche mit der Straßenbahn in gewissem Zusammenhang steht“;
- der Umbau des Rathauses „wird zur Folge haben, dass wir verschiedene Räume besser ausnutzen können und insbesondere einen Repräsentationssaal schaffen, der uns schon lange fehlt“;
- „in diesem Jahr muss noch an die Errichtung eines katholischen Volksschulgebäudes herangetreten werden“;
- „ganz im Hintergrund taucht sodann die Frage eines Theater Neubaus auf.“⁹³

⁹¹ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 02.01.1900

⁹² StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 02.01.1897

⁹³ Ebd.

Hegelmaier profilierte sich in seiner Amtszeit – wie schon in der Einleitung erwähnt – zunehmend als Förderer der Industrie. Es ist hier nicht der Ort, die Entwicklung Heilbronn zur Industriestadt im einzelnen nachzuzeichnen. Für die Anfänge genügt der Verweis auf Firmen wie Gebrüder Rauch, Knorr oder Bruckmann. In Hegelmaiers Amtszeit fällt ein zweiter Innovationsschub⁹⁴, der von der Elektrizität ausging: „1892 erhielt Heilbronn als erste Stadt der Welt eine elektrische Stromversorgung von außerhalb [...] 1896 ging in Heilbronn an der Badstraße ein zusätzliches Dampfkraftwerk in Betrieb [...]“⁹⁵ Seit 1896 gab es auch eine Lokaltelefonanstalt und direkten Fernsprechkontakt mit Stuttgart. Und im Jahr 1897 schließlich fuhr in Heilbronn die erste elektrische Straßenbahn in Verbindung mit der damaligen Gewerbe- und Industrieausstellung.

„Das abgelaufene Jahr war eines der bedeutendsten für die hiesige Stadt, [...] die Stadt Heilbronn ist in einer Weise in die Höhe gegangen, wie man es niemals geahnt hat“, formulierte Oberbürgermeister Hegelmaier in der ersten Gemeinderatssitzung 1898 und beantwortete dabei indirekt auch die Frage, wem diese Entwicklung zu verdanken ist.⁹⁶

Obwohl jeder weiß, dass es immer viele gesellschaftliche, politische und ökonomische Faktoren sind, die eine Stadt voranbringen, hat es sich – nicht nur in der Kommunalpolitik – eingebürgert, den Erfolg zu personalisieren und dem jeweiligen „Spitzenpolitiker“ zuzuschreiben. Bei Hegelmaier begann diese Zuschreibung unmittelbar nach seinem Tod. In einem immer wieder zitierten Nachruf heißt es: „Rückständigkeit und Schlendrian, die noch aus der guten alten Zeit sich ein Plätzchen im Heilbronner Rathaus gesichert hatten, fegte der eiserne Wille, die unermüdliche Arbeitskraft und das hervorragende Können des ‚neuen Herrn‘ alsbald hinweg [...]. Seine kraftvolle Initiative machte sich bald auf allen Gebieten bemerkbar und Heilbronn bekam unter seiner Leitung in Handel und Industrie, im Schulwesen, in den sozialen und hygienischen Einrichtungen wie im äußeren Stadtbild einen bemerkenswerten Aufschwung [...]. Gerecht denkende Beurteiler versagen ihm schon jetzt die Anerkennung nicht mehr, als eines hochbegabten, weitblickenden und gerechten Mannes, der sich während seiner Amtszeit, trotz aller menschlichen Schwächen, die ihm anhafteten, hochverdient gemacht hat um seine Vaterstadt.“⁹⁷

Solch ungeteilte Zustimmung hat Hegelmaier während seiner Amtszeit selten erfahren, am ehesten noch im Jahr 1897 im Zusammenhang mit der schon mehrfach erwähnten Gewerbe- und Industrieausstellung. Die Initiative ging vom Gewerbeverein aus, der sein 50-jähriges Bestehen mit einer großen Ausstellung feiern wollte.

⁹⁴ vgl. die entsprechenden Kapitel in SCHRENK, Helibrunna (1998), S. 145ff. In dieser Stadtgeschichte wird übrigens Hegelmaier mit keinem Wort erwähnt.

⁹⁵ SCHRENK, Helibrunna (1998), S. 147f.

⁹⁶ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 08.01.1898

⁹⁷ Heilbronner Generalanzeiger vom 29.04.1912

Schon 1894 wurde unter dem Vorsitz von Architekt Carl Luckscheiter ein Ausschuss eingesetzt, der eine Denkschrift vorlegte, in der die Platzfrage, die Finanzierung und die Beteiligung der Gewerbetreibenden erörtert wurden.

„Am 24. Juni 1895 wurde sodann auf Einladung des Gewerbevereins eine Versammlung von Interessenten aus allen Zweigen der Industrie, des Handels und Gewerbes abgehalten, in welcher der Herr Oberbürgermeister Hegelmaier den vom Gewerbeverein angeregten Gedanken einer im Jahr 1897 abzuhaltenden Gewerbe- und Industrieausstellung eingehend darlegte und das günstige Ergebnis der vorausgegangenen Erhebungen mitteilte.“⁹⁸ In der Ausstellungskommission waren alle vertreten, die in den Heilbronner Industrie- und Gewerbekreisen Rang und Namen hatten; Oberbürgermeister Hegelmaier wurde zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Die Verlegung der Ausstellung auf das Gelände zwischen Karl- und Moltkestraße unter Einbeziehung des Aktiengartens, der Kelter und der Turnhalle erwies sich als Glücksgriff, weil damit zugleich die Osterweiterung der Stadt durch den Alledurchbruch und die Einweihung der elektrischen Straßenbahn verbunden werden konnte. Über den Ablauf und das Begleitprogramm dieser von Mai bis September dauernden Leistungsschau der Heilbronner Groß- und Kleinindustrie informierten die „Offiziellen Ausstellungsnachrichten“, denen die folgenden Einzelheiten entnommen werden.⁹⁹

Am 29. Mai 1897 – 14 Tage nach der Eröffnung – besuchte Staatsminister Johann von Pischek mit hohen Regierungsvertretern die Ausstellung. „Herr OBM Hegelmaier dankte dem Herrn Staatsminister und den übrigen Gästen für die Ehre des heutigen Besuches [...]. Die Gäste werden gewiss von der Ausstellung befriedigt werden und sich überzeugen, daß auch in Heilbronn etwas geleistet werden kann – in diesem Sinn wolle auf das Wohl der verehrten Gäste angestoßen werden.“¹⁰⁰

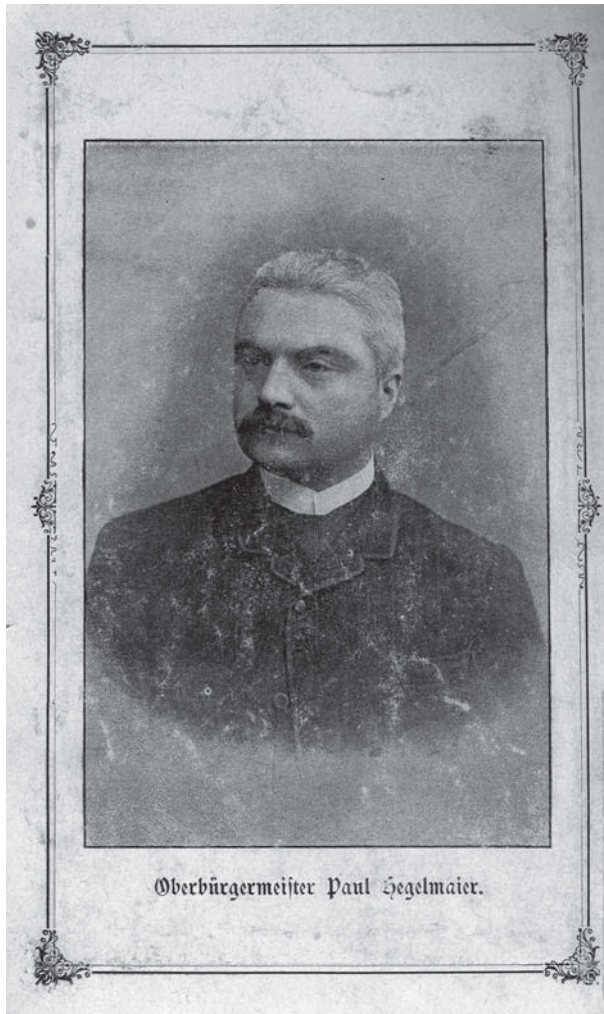
In seiner Erwiderung führte der Staatsminister aus, dass „Heilbronn eine Stadt des Fortschritts sei, eine Stadt nicht nur der Arbeit, des Bürgergeistes und des Schaffens, sondern auch eine Stadt des guten Geistes und der frohen Feste.“ Während des Rundgangs wurde bekannt, dass am 1. Juni der „Besuch Ihrer Majestäten“ erfolgen werde. „Diese Nachricht verbreitete sich blitzschnell in der ganzen Stadt und rief allenthalben große Freude und Befriedigung hervor.“

Nach Beendigung des Rundgangs fand die Eröffnungsfahrt in den „reichbegränzten Straßenbahnwagen“ statt: „Vom Hauptbahnhof durch die Kaiserstraße bis zur Kaserne und zurück nach der Harmonie. Hierauf begaben sich die Anwesenden in den Harmoniesaal, wo selbst ein für ca. 60 Personen bestimmtes hochfeines Diner

⁹⁸ Industrie-, Gewerbe- & Kunst-Ausstellung (1897), S.XXII

⁹⁹ Offizielle Ausstellungs-Nachrichten (1897), im Verlag Otto Weber in Heilbronn erschienen; darin: „Ausstellungschronik“, S. 95–99

¹⁰⁰ Offizielle Ausstellungs-Nachrichten (1897), S. 95; die folgenden Zitate stammen ebenfalls aus diesem Text.



*Portrait von Paul Hegelmaier
auf dem Umschlag des Buchs
über den „Prozeß Hegelmaier“;
1894*

bereit stand. Herr Bankdirektor Fuchs¹⁰¹ eröffnete die Reihe der Toaste, indem er den glücklichen Umstand pries, dass Se. Exzellenz [...] die Eröffnungsfeier mit ihrer

¹⁰¹ Wilhelm Fuchs war Direktor der Gewerbebank, die zusammen mit der Oberrheinischen Bank Mannheim das Konsortium zum Bau der Straßenbahn in Heilbronn bildete. Seit 1898 gehörte er dem Gemeinderat an. Nur am Rande sei erwähnt, dass die Gewerbebank Heilbronn 1901 zusammenbrach und dass die Direktoren Wilhelm Fuchs und Gotthilf Keefer wegen unerlaubter Spekulationen verhaftet und verurteilt wurden.

Gegenwart beehrten.“ Nach einem kurzen Rückblick auf den Bau und den üblichen Danksagungen ergriff Oberbürgermeister Hegelmaier das Wort: „Das geflügelte Wort ‚wir stehen im Zeichen des Verkehrs‘ sei heute besonders auf unsere gute Stadt Heilbronn anzuwenden. Von Anfang an sei man freilich dem Unternehmen zweifelhaft entgegengestanden und besonders seien wohl auch nicht ungerechtfertigte Bedenken dagegen erhoben worden, dass die Stadtgemeinde die Sache ausschließlich in die Hand nehmen sollte. Er selbst (der Redner) habe Bedenken gehabt und gesagt, sobald geeignete Kapitalkraft sich finde, um das Unternehmen in die Hände zu nehmen, werde ihr seitens der Stadt die grösste Unterstützung zu theil. Es haben sich glücklicherweise auch kapitalstarke Männer gefunden und deren Thatkraft sei es gelungen, dass die elektrische Straßenbahn hier zur Wirklichkeit wurde. [...] Der Redner wünscht noch der Straßenbahn alles Glück, ebenso vergnügte Gesichter der Aktionäre nach Abschluss des ersten Geschäftsjahres und bittet, auf das Wohl der Straßenbahn, des Konsortiums und aller dabei Mitwirkenden zu trinken. (Lebhafter Beifall).“

Anschließend sprach der Herr Staatsminister: Er lobte die Leistungen der Heilbronner Großindustrie („bewundernde Hochachtung vor der Intelligenz, der Kraft und der Arbeit, die in ihrer Industrie steckt“), aber auch die Leistungen der Kleinindustrie und des Handwerks, dem er einen „sicheren und wohnlichen Boden in der Zukunft“ wünschte. Zum Schluss kam er auf die Eröffnung der Straßenbahn zu sprechen und beglückwünschte die Stadt „von ganzem Herzen zu dieser großen Unternehmung“. Aus den weiteren „Toasten“ und Ansprachen sei noch Hugo Rümelin zitiert, der in hellsichtiger Weise „auf die Bedeutung der Elektrizität als wertvoller Bundesgenosse für das mittlere Gewerbe und das kleine Handwerk im Kampfe gegen die vom Großkapital unterstützte Großindustrie“ hinwies.

An das Festdiner in der Harmonie schloss sich abends ab acht Uhr eine weitere Einweihung samt Festmahl an, an der dieselben Herren teilnahmen wie bei der Eröffnungsfeier der Straßenbahn, auch der Herr Staatsminister war noch dabei. Es ging um den neuen Ratskeller, „wobei nur eine Stimme des Lobes über die Zweckmäßigkeit, Eleganz und Solidität der ganzen Einrichtung laut wurde“. Wieder nahm der Oberbürgermeister das Wort – „hinweisend auf die Bedeutung des Tages, an welchem die Stadt zwei Eröffnungsfeste feierte, die vor wenigen Jahren noch als unmöglich belächelt worden. Aber diese Unternehmungen werden auf das Wohl der Stadt tiefen Einfluss ausüben und wenn es, wie bei allen weitschauenden Werken, auch mancherlei Kämpfe gekostet, es sei jetzt fertig, und ganz besonders sei die Bestimmung des Ratskellers, den altberühmten Weinbau Heilbronnns zu heben und jedem trinkbaren Manne [sic!] Gelegenheit zu geben, den besten Heilbronner an der Quelle trinken zu können, erreicht.“ Zum Schluss betonte Hegelmaier, „dass künftig manche Gegensätze und Verstimmungen, die leider wohl nicht ausbleiben werden, durch einen frischen Trunk im Ratskeller schon im Entstehen beseitigt oder doch gemildert werden dürften.“



Hegelmaier als volksnaher Weinstuben-Besucher auf einer Postkarte zur Industrie-, Gewerbe- und Kunst-Ausstellung; 1897

Beim Königsbesuch einige Tage später erreichte die Hofberichterstattung ihren Höhepunkt, es wiederholten sich dieselben nichtssagenden Begrüßungsworte und Danksagungen, diesmal bei einem „Frühstück in dem hierzu erweiterten, reizend ausgestatteten Conditoreizelt“¹⁰². Vor Ankunft der Majestäten wurde die Ausstellung noch verschönert, Haupthalle und Kellereigebäude mit Läuferteppichen ausgelegt und der Blumenschmuck in schönstem Flor präsentiert.

Bei diesen Festlichkeiten war das „bürgerliche“ Heilbronn unter sich – und Hegelmaier fühlte sich im Kreis der Honoratioren offensichtlich wohl. Die Rituale des Zutrinkens und der Toaste gehören zur wilhelminischen Männergesellschaft; die Damen wurden mit einem Extra-Toast einbezogen: „Der Herr Minister habe bei den drei heutigen Feiern schon manchen Toast ausgebracht, aber mit einem sei er noch im Rückstand und das sei ein Toast auf die Damen. Mit köstlicher Laune besprach der Redner die Wirksamkeit der Frauen und jubelnd stimmten die Anwesenden in das dargebrachte Hoch ein.“¹⁰³

Vom Stadtbaumeister wurde immerhin „die Thätigkeit der Bauleute“ erwähnt, ansonsten blieben für die arbeitende Bevölkerung nur die Zuschauerrolle und die

¹⁰² Offizielle Ausstellungs-Nachrichten (1897), S. 98

¹⁰³ Offizielle Ausstellungs-Nachrichten (1897), S. 97

Straßenbahn; diese erwies sich als Publikumsmagnet, schon am ersten Betriebstag wurden ca. 9000 Personen befördert. Außerdem gab es im Aktien- (Harmonie-) Garten von Samstag bis Montag „Concerte“, im Turnhof spielte sogar eine Wiener Damenkapelle. Zum Begleitprogramm gehörten auch ein Ausstellungstheater, eine Blumen- und Gärtnereiausstellung sowie eine Geflügel-, Vogel- und Kaninchenausstellung.

Insgesamt war die Ausstellung ein großer Erfolg, dank der hohen Besucherzahlen ergab sich („trotz des nassen Sommers“) kein Defizit. Der Oberbürgermeister stellte fest, dass durch die „besonders erfolgreiche Industrie- und Gewerbeausstellung der Ruf der hiesigen Stadt in ganz Süddeutschland ein durchaus sehr anerkennenswerter geworden sei“.¹⁰⁴

Mit dem „Ruf der hiesigen Stadt“ verbesserte sich auch der Ruf ihres Oberbürgermeisters, die drei Großereignisse (Industrierausstellung, Betrieb der elektrischen Straßenbahn und Einweihung des Ratskellers) machen das Jahr 1897 zu einem Höhepunkt von Hegelmaiers Amtszeit als Oberbürgermeister. Ob der (überraschend angekündigte) Königsbesuch seinen Beziehungen zu verdanken war und der endgültigen Rehabilitierung nach den Querelen um seine Absetzung dienen sollte, lässt sich nicht feststellen.

Obwohl die Initiativen zu der Gewerbeausstellung und zum Bau der Straßenbahn von ganz unterschiedlichen Kreisen ausgegangen sind, sorgte Oberbürgermeister Hegelmaier für die notwendige städtische Unterstützung und das passende „timing“. Vor allem der Bau der Straßenbahn erfolgte in erstaunlich kurzer Zeit: Am 7. Mai 1896 genehmigten die bürgerlichen Kollegien „den Vertrag mit der hiesigen Gewerbebank und der Oberrheinischen Bank in Mannheim über Errichtung einer elektrischen Straßenbahn. Konzession auf 40 Jahre“¹⁰⁵. Anfang Januar fanden Verhandlungen wegen Anlegung einer elektrischen Straßenbahn statt, im März begannen die Bauarbeiten und Ende Mai nahm sie ihren Betrieb auf.

Ebenfalls im Mai 1896 wurde „die Erneuerung des Rathauses außen und innen, aber im konservativen Sinn“¹⁰⁶ beschlossen. Speziell für den Bau des Ratskellers wurde eine GmbH mit 75 000 Mark Stammkapital gegründet, aufgebracht von 98 Zeichnern. Offensichtlich gelang es Hegelmaier, private Kapitalgeber für die städtischen Vorhaben zu mobilisieren – gewissermaßen ein Vorspiel zu den heutigen „public private partnerships“. Beim Konsortium für den Straßenbahnbau war die Stadt mit einem Sechstel der Gesamtsumme beteiligt, später wurde daraus eine AG „Heilbronner Straßenbahn“ mit einem Stammkapital von einer halben Million Mark, verteilt auf 500 Aktionäre. Für den Betrieb der Straßenbahn war die Stadt zuständig.

¹⁰⁴ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 08.01.1898

¹⁰⁵ Chronik Bd. 2 (1986), S. 4ff.; dort auch die übrigen Zitate

¹⁰⁶ Chronik Bd. 2 (1986), S. 5

Nur der schon lange geplante und immer wieder verzögerte Durchbruch der Kramstraße zur Allee belastete den Heilbronner Haushalt direkt: Das im November eingeleitete Zwangsenteignungsverfahren gegen die Besitzer der Häuser, die dem Durchbruch im Wege standen, kostete die Stadt 222 820 Mark, zuzüglich 110 000 Mark für den Abbruch des gekauften Hauses Grässle.

„Die alte Sackgasse ist verschwunden, bis zur Allee hin streckt sich, seitdem der lang ersehnte Durchbruch erfolgt ist, die nunmehrige Kaiserstraße aus. Und wie anmutig erscheint ihr grüner Hintergrund, aus dem die Villen der Moltkestraße heraus schauen, überragt von waldbekränzter Bergeshöhe!“¹⁰⁷ So steht es in den schon erwähnten Ausstellungsnachrichten, und so werden es auch die damaligen Zeitgenossen empfunden haben.

Bürgerausschuss und Oberbürgermeister achteten darauf, dass die Verschuldung der Stadt in angemessenen Grenzen blieb, wie ein Vergleich mit anderen Städten Württembergs zeigt.¹⁰⁸ In der Oberamtsbeschreibung von 1903 heißt es: „So mehrten sich die Ausgaben, aber auch die Einnahmen wuchsen und die Steuerkraft Heilbronnns steigerte sich bedeutend. Das städtische Gaswerk und das Wasserwerk warfen beträchtliche Überschüsse ab und der Wert des Besitzes der Stadt wie dessen Ertrag mehrte sich.“¹⁰⁹

Zwei weitere Großprojekte, für die sich Oberbürgermeister Hegelmaier besonders engagiert hat, zogen sich länger hin, nämlich der Bau der Bottwartalbahn und der schon erwähnte Umbau des Rathauses.

1894 wurde die Schmalspurbahn von Marbach nach Beilstein eröffnet, seit März 1896 liefen die Verhandlungen über die Weiterführung nach Heilbronn.¹¹⁰ Trotz vieler Bedenken (u.a. der Handels- und Gewerbekammer Heilbronn) hielt die Staatsregierung in Stuttgart aus Kostengründen an einer Ausführung als Schmalspurbahn fest. Oberbürgermeister Hegelmaier als Vorsitzender des Eisenbahnkomitees hat mehrfach bei der Regierung in Stuttgart interveniert, um wenigstens für Heilbronn eine befriedigende Lösung zu erreichen. In einem neuen Südbahnhof sollte die Schmalspurbahn enden und als Normalspur an die Hauptbahn angeschlossen werden. Nur so war ein leistungsfähiger Güterverkehr möglich, an dem vor allem die Firmen im Heilbronner Süden interessiert waren. Im Februar 1897 fiel die Entscheidung über die umstrittene Streckenführung: Die bürgerlichen Kollegien billigten das Lerchenbergprojekt mit Tunnel, für das sich besonders der Oberbürgermeister eingesetzt hat. Die Eisenbahnverwaltung hatte ursprünglich eine Anbindung über

¹⁰⁷ Offizielle Ausstellungs-Nachrichten (1897), S. 3

¹⁰⁸ StadtA Heilbronn, Anlage zum Ratsprotokoll 1900: Schuldenstand und ökonomische Verhältnisse der großen Städte Württembergs

¹⁰⁹ Beschreibung des Oberamts Heilbronn (1901/1903) Bd. 2, S. 74

¹¹⁰ Vgl. die ausführliche Darstellung bei RÖSCH, Eisenbahn (2003)

die Oststraße favorisiert, was aber für die städtebauliche Entwicklung Heilbronn erhebliche Nachteile gehabt hätte.

Um die angedeutete Lösung durchsetzen zu können, musste die Stadt Heilbronn erhebliche Finanzmittel aufbringen. Die Eisenbahnverwaltung verlangte, das Areal für den Südbahnhof und die Bahnlinien „kosten- und lastenfrei“ zur Verfügung zu stellen und die Mehrkosten für den Tunnel zu übernehmen. An den Gesamtkosten von 767 176 M beteiligten sich die Firma Knorr mit 100 000 M, die Zuckerfabrik mit 25 000 M, die Fa. Seelig mit 35 000 M und die Fa. Krämer & Flammer mit 25 000 M.¹¹¹ Wegen der hohen Kosten und der Linienführung kam es auch zu Protesten einzelner Bürgervereinigungen und zu Zwangsenteignungen im Bereich des Südbahnhofs.



Feierlicher Tunneldurchstich des Lerchenbergtunnels; 25. April 1900

¹¹¹ Zahlen nach Chronik Bd. 2 (1986), S. 3 und 12. Die Zuckerfabrik verfügte über eine betriebseigene Seilbahn zum Transport der Zuckerrüben und der Kohle von einer Anlande am Neckar auf ihr Betriebsgelände; deshalb war sie an einem Gleisanschluss zunächst weniger interessiert. Hauptnutznießer war die Fa. Knorr, die ihren Bahnanschluss bis in die 1970er Jahre benutzte.

Erst in der Gemeinderatssitzung vom 2. Januar 1900 konnte der Oberbürgermeister die Vollendung der Bottwartalbahn, „die uns mehr als zehn Jahre beschäftigte“, ankündigen: „Die Opfer, welche hierfür die Stadt zu bringen hat, sind allerdings bedeutende, das gebe ich unbedingt zu [...], aber ich glaube, daß [...] der Südbahnhof und die Ringbahn für die industrielle Entwicklung unserer Stadt von höchstem Wert sein werden und besonders der Güterverkehr ein besonders starker sein werde.“¹¹²

Merkwürdigerweise fand keine offizielle Einweihungsfeier statt. Der Oberbürgermeister (inzwischen auch Reichstagsabgeordneter in Berlin) hat der königlichen Eisenbahnbausektion mitgeteilt, dass er bei den bürgerlichen Kollegien „keine Mittel für die Abhaltung von Feierlichkeiten beantragen werde. Die Verhältnisse seien hier wieder so angespannt, dass ich mich nicht dafür verbürgen möchte, dass eine Feier ohne Mißton verlaufen würde.“¹¹³ In der Tat galt das mit so großem Aufwand betriebene Bahnprojekt schon nach der Fertigstellung als überholt. Hegelmaier beklagte sich über „eine Menge von Widerwärtigkeiten und persönlichen Angriffen“, die er in diesem Zusammenhang erdulden müsse. Die Kombination von Schmalspur- und Normalbahn war für den Personenverkehr nicht attraktiv, die ca. zwei Stunden Fahrzeit von Heilbronn nach Marbach sprechen für sich. Nur für den Pendlerverkehr aus den Landgemeinden zu den Fabriken im Heilbronner Süden und für den Frachtverkehr der genannten Firmen erlangte die Bahn eine größere Bedeutung.

Weniger umstritten, aber prestigeträchtiger war der Umbau des Rathauses. „Die Renovierung des alten Rathauses hatte den Gemeinderat schon in den siebziger Jahren beschäftigt, aber infolge der verschiedensten Zwischenfälle wurde erst im Jahr 1895 ernstlich an die Ausführung der inzwischen dringend notwendig gewordenen Verbesserungsarbeiten herangetreten“. So steht es in der aufwendigen Bildmappe, die zur Fertigstellung der Rathausrenovierung erschienen ist.¹¹⁴ Die Leitung der „Gesamtrestauration“ wurde dem Berliner Architekten Prof. Johannes Vollmer und Heinrich Jassoy, Professor in Stuttgart, übertragen. Weil die Gesamtrestauration bei fortlaufenden Geschäften in der Stadtverwaltung erfolgte, zog sie sich in die Länge und wurde erst 1905 abgeschlossen. Die Gesamtkosten betrugen (bis 1903) 627 230 M und mussten aus „Anlehensmitteln“ beschafft werden, weil sich im Rathaus-Baufonds nur ca. 60 000 M befanden.¹¹⁵ Der ins Erdgeschoss eingebaute Ratskeller wurde – wie oben erwähnt – bereits 1897 eingeweiht und teilweise über eine GmbH und private Geldgeber finanziert.

In das verwinkelte und aus vier Gebäudeteilen bestehende Rathaus wurde eine Zentralheizung eingebaut und die „ungenügenden Toilettenanlagen“ umgestaltet.

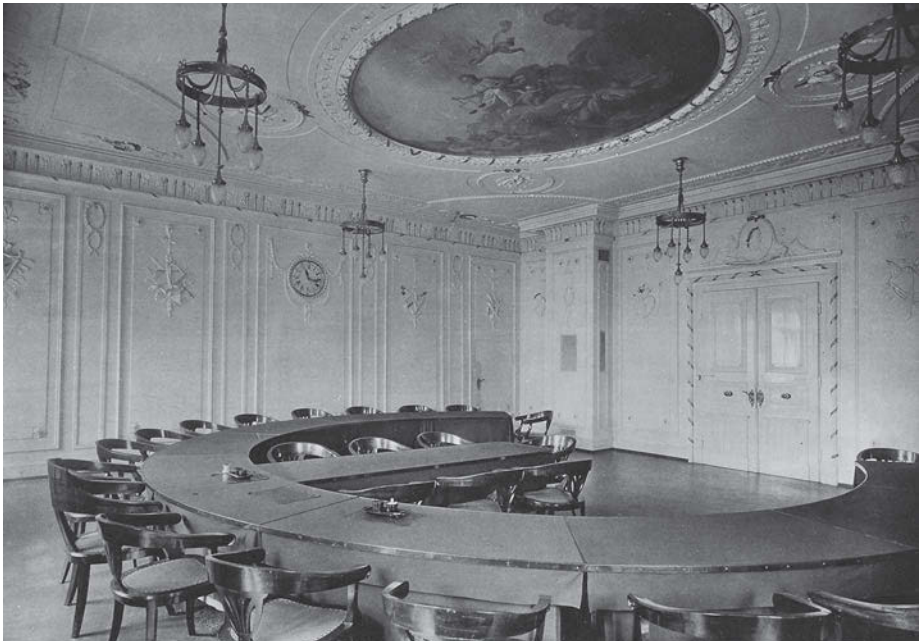
¹¹² StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 02.01.1900

¹¹³ Zit. nach RÖSCH, Eisenbahn (2003), S. 233

¹¹⁴ JASSOY / DÜRR, Rathaus, S. I. Außer einer Kurzdarstellung des Umbaus und einem Essay über die Geschichte des Rathauses enthält der Band zahlreiche Abbildungen.

¹¹⁵ Vgl. StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 10.12.1903 – die letzte Gemeinderatssitzung unter Hegelmaiers Leitung.

Durch die Entfernung der alten Treppe und ihre Verlegung an die Seitenfront wurden eine große Halle und weitere Räume gewonnen, u.a. für den Bürgerausschuss. Besonders wichtig war dem Oberbürgermeister ein neuer Ratssaal, „weil der gegenwärtige Saal für größere Sitzungen zu klein ist.“ Dieser „Repräsentationssaal“¹¹⁶ wurde im 1. Stock untergebracht und entsprach mit seiner Holzvertäfelung und den schweren Lederstühlen durchaus den Anforderungen. Trotz der Modernisierung im Innern wurde äußerlich „der alte Stil“ beibehalten; Hegelmaier bezeichnete in der Gemeinderatssitzung vom 2. Januar 1900 das umgebaute Rathaus als eine „Perle der Renaissance“.



Der Gemeinderatssaal im Heilbronner Rathaus nach dem Umbau durch die Architekten Johannes Vollmer und Heinrich Jassoy; 1905

Aus der Ära Hegelmaier – wenn man von einer solchen sprechen will – haben sich nur wenige baulichen Überreste erhalten. Dazu gehören der inzwischen funktionslose und zugewachsene Lerchenbergtunnel sowie das Bismarckdenkmal. Dieses

¹¹⁶ So der Oberbürgermeister in seiner Grundsatzrede in der ersten Gemeinderatssitzung 1897; StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 02.01.1897

wurde zwar in den 1990er Jahren an einen anderen Standort versetzt, hat aber die Brüche und Katastrophen des 20. Jahrhunderts unverändert überlebt.

Kurz nach dem Tod des Reichsgründers 1898 erschien in der Neckar-Zeitung eine ganzseitige Anzeige mit dem Ziel, „in unserer Mitte bald ein Bismarckdenkmal“ zu errichten, „dem großen Kanzler zu Ehren, der Stadt Heilbronn zur Zierde, für alle Zukunft ein Zeugnis, daß die alte Reichstadt nie vergißt, was sie dem neuen Reich und seinem größten Bürger zu verdanken hat.“¹¹⁷

Oberbürgermeister Hegelmaier war Vorsitzender des „engeren Ausschusses“, dem 27 angesehene Bürger Heilbronn angehörten und die den Aufruf unterzeichnet haben. Hegelmaier war schon am Beginn seiner Amtszeit in Heilbronn als Verehrer Bismarcks aufgetreten: Zum 70. Geburtstag Bismarcks 1885 bewilligte der Gemeinderat ein Geldgeschenk von 2500 M zum Erwerb des Gutes Schönhausen, 1895 wurde die Jäger(haus)straße in Bismarckstraße umbenannt.

In nur 2 ½ Jahren kamen 41 000 M in den Spendentopf für das Denkmal und es konnte mit der Ausführung begonnen werden. Am 31. Juli 1903 – dem fünften



Das 1903 eingeweihte Bismarck-Denkmal an der Neckarbrücke; um 1912

¹¹⁷ Neckar-Zeitung vom 12.11.1898; vgl. die Arbeit von Christoph Niethammer und Charalambos Sarantakis für den Wettbewerb des Bundespräsidenten 1992/93 über das Heilbronner Bismarckdenkmal (im Archiv des Robert-Mayer-Gymnasiums Heilbronn)

Todestag Bismarcks – fand die feierliche Enthüllung des Denkmals an der Neckarbrücke statt – mit Ansprachen von Oberbürgermeister Hegelmaier und Professor Georg Lechler vom Karls gymnasium.

Kurz vor Fertigstellung kam es zu einem für Hegelmaiers Amtszeit typischen Vorfall: Da das Spendenaufkommen nicht für die Fundamente und die erforderliche Umgestaltung des Denkmalplatzes reichte, sagte Hegelmaier die fehlenden ca. 8000 M aus städtischen Mitteln zu – ohne vorher den Gemeinderat zu fragen. Erst nach einer längeren Debatte im Gemeinderat wurden die Mittel bewilligt. „Die Sache ist die, daß durch einen solchen Beschluß auch solche Leute – und es sind viele – gezwungen werden mitzuzahlen, die sowohl nach ihrer Ansicht als auch nach ihrer pekuniären Lage einen Beitrag nicht gegeben hätten“, argumentierte Gemeinderat Heinrich Stroh. Er vertrat damit die schwarz-rot-goldene (oder „freisinnige“) Tradition in Heilbronn, die auch schon in einem Gedicht aus Anlass des Rücktritts von Bismarck 1890 zum Ausdruck gebracht worden war:

*„Ich sehe ihn schwinden ohne Schmerz.
Ließ er auch Deutschland neu entstehn:
Er hatte für das Volk kein Herz
Und ließ die Freiheit betteln gehen.“¹¹⁸*

Interessant ist ein Vergleich mit dem Robert-Mayer-Denkmal, das heute wieder auf dem Marktplatz vor dem Rathaus steht. Die Sammelaktion dafür dauerte 14 Jahre, von 1878 bis 1892, erst dann waren die erforderlichen 40 000 M zusammengekommen. Ob und wie sich Hegelmaier (der mit Robert Mayer verwandt war) daran beteiligt hatte, wissen wir nicht. In der Gemeinderatssitzung vom 6. Februar 1890 erwähnte Hegelmaier „die Erstellung eines Denkmals für den großen Forscher Dr. Robert von Mayer“, verbunden mit einem Appell für ein Denkmal für Kaiser Wilhelm I., „wodurch die Stadt eine Verschönerung erfahre“. An der Einweihung des Mayer-Denkmals im November 1892 nahm er nicht teil, weil er zu dieser Zeit von seinem Amt suspendiert war.

In der Heilbronner Zeitung wurde das Robert-Mayer-Denkmal folgendermaßen beschrieben: „Auf einem schönen Rundsessel sitzt der Denker [...] mit dem Zeigefinger zwischen den Blättern, die rechte Hand erklärend ausgestreckt, das Haupt frei und offen, den Blick gerade nach vorne aussendend, in der behaglichen Ruhe des Gelehrten, welcher seinen unsterblichen Satz den Freunden verkündet und beweist.“¹¹⁹

Noch am Abend des „Robert Mayer Festtags“¹²⁰ füllten Tausende von Menschen den Marktplatz, Reallehrer Seybold sagte in seiner Ansprache: „Mitbürger! Festgenossen! Es gehört zu den schönsten Zügen unseres heutigen Festes, daß alle Stände

¹¹⁸ Verfasser ist der umstrittene Redakteur der Heilbronner Zeitung, Franz Lipp, der sich auch als Dichter in der Nachfolge Heinrich Heines und Ludwig Pfau profilierte wollte; StadtA Heilbronn Zs 8660

¹¹⁹ Heilbronner Zeitung vom 27.11.1892

¹²⁰ So die Überschrift in der Heilbronner Zeitung vom 27.11.1892.

mit gleicher Liebe und Verehrung sich um das Denkmal unseres großen Landsmanns versammelt haben. Der Arbeiter wie der Gelehrte, der Weingärtner wie der Kaufmann und Gewerbetreibende [...]“.¹²¹

Deutlicher kann der Unterschied zu Bismarck und seinem Denkmal nicht formuliert werden: Bismarck steht in Uniform auf einem hohen Sockel, die Linke auf dem Säbel, in der Rechten ein Dokument haltend, an einen eisenbeschlagenen Baumstumpf gelehnt, und blickt mit strenger Miene in die Ferne. Obwohl es monumentalere und martialischere Bismarckdenkmäler gibt – auch das von Bürgern finanzierte Heilbronner Denkmal huldigt dem damaligen Zeitgeist und Bismarckmythos. Die schlichte Inschrift „BISMARCK“ soll gemeinschaftsstiftend wirken¹²² – in Wirklichkeit spaltete Bismarck nach wie vor die Gesellschaft, wie sich an den Wahlergebnissen der damaligen Zeit ablesen lässt.

Für die Ära Hegelmaier ist der Standort des Bismarckdenkmals so wichtig wie seine Gestaltung. Die Platzierung an der Neckarbrücke, am westlichen Eingang zur Stadt, ist bewusst gewählt: Bismarck dominiert die „Achse“ von West nach Ost, vom Bahnhof über die Kaiserstraße und Moltkestraße zu den Kasernen. Auch baulich ist Heilbronn unter Hegelmaier im Kaiserreich angekommen.

VI „Die längst widerwärtigen Verhältnisse beenden“ – Hegelmaiers Abschied von Heilbronn

Bei den Reichstagswahlen 1898 kam es im dritten württembergischen Wahlkreis, zu dem die Oberämter Heilbronn, Neckarsulm, Brackenheim und Besigheim gehörten, zu einer Stichwahl zwischen Oberbürgermeister Paul Hegelmaier und dem SPD-Kandidaten Gustav Kittler, die Hegelmaier mit 13 315 Stimmen (gegen 9933 Stimmen für Kittler) für sich entscheiden konnte. Hegelmaier hatte sich selbst – gegen den ausdrücklichen Wunsch der Deutschen Partei¹²³ – als Kandidat ins Spiel gebracht und bei der entstehenden Bauernbundsbewegung – einer Abspaltung der Deutschen Partei und konservativen Interessenvertretung der Landwirtschaft – Unterstützung gefunden.¹²⁴

¹²¹ Ebd.

¹²² Thomas Nipperdey spricht in diesem Zusammenhang von „integrativem Nationalismus“; vgl. NIPPERDEY: Deutsche Geschichte (1992), S. 265.

¹²³ So KITTLER, Erinnerungen (1910), S. 122, der sich dabei auf einen Bericht in der Neckar-Zeitung beruft.

¹²⁴ In einem Wahlaufuf zur Reichstagswahl 1898 für Hegelmaier heißt es u.a.: „dem Kandidaten, der von Angehörigen aus dem Bauern- und Weingärtnerstand einmütig aufgestellt wurde, von dem wir wissen, er wird für alle unsere berechtigten Forderungen eintreten, er wird stets auf der Seite der gut deutsch aber auch echt schwäbischen Männer stehen“; StadtA Heilbronn E002-518.

Bei Stichwahlen im Kaiserreich kam es regelmäßig zu Wahlabsprachen innerhalb der jeweiligen politischen „Lager“. So hatten die Sozialdemokraten bei den Reichstagswahlen 1881, 1884 und 1890 dem Kandidaten der Volkspartei, Georg Härle, zu einem Mandat verholfen. 1898 lag zum ersten Mal der SPD-Bewerber mit ca. 1000 Stimmen vor dem Kandidaten der Volkspartei, die Wähler der Volkspartei folgten aber dem „lendenlahmen Aufruf“¹²⁵ ihrer Parteiführung zugunsten Kittlers nur teilweise.

Hegelmaier hat sich die Stichwahlunterstützung im „bürgerlichen Lager“ dadurch gesichert, dass er alle anderen Parteien für die „drohende“ Wahl eines Sozialdemokraten verantwortlich machte. Außerdem gewann er die Wähler des Zentrums, das im ersten Wahlgang fast 3000 Stimmen erhalten hatte, durch das Versprechen, im Reichstag für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.¹²⁶

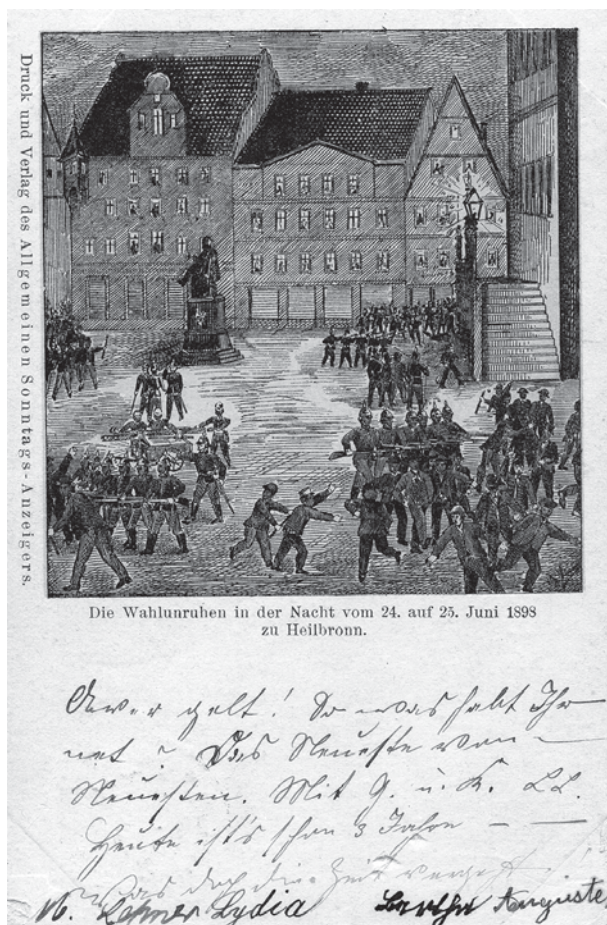
Die Frage, warum sich Hegelmaier als Oberbürgermeister der führenden württembergischen Industrie- und Handelsstadt überhaupt um ein Reichstagsmandat beworben hat, lässt sich aus den Akten nicht beantworten. Vermutlich fühlte er sich nach den kommunalpolitischen Erfolgen des Jahres 1897 zu Höherem berufen, auch seine mehrfach erwähnte Umtriebigkeit und innere Unruhe mögen eine Rolle gespielt haben. Entscheidend dürfte aber gewesen sein, dass bei den Reichstagswahlen 1898, bei denen wirtschaftliche Fragen (Schutzzölle und Lebensmittelpreise) im Mittelpunkt standen, ein Sieg des Sozialdemokraten Kittler seiner Meinung nach nur mit ihm und seinen Erfahrungen im Kampf gegen „Umstürzler und Demokraten“ zu verhindern war.

Nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses kam es auf dem Heilbronner Marktplatz zu den berüchtigten „Wahlunruhen“, deren Anlass und Verlauf bis heute umstritten sind.¹²⁷ Dabei ging es um das Verhalten der versammelten Zuhörer bei der Bekanntgabe der einzelnen Wahlergebnisse, um (angebliche) Beschimpfungen des Oberbürgermeisters sowie des Kaisers und Königs, um Steinwürfe aus dem benachbarten SPD-Lokal „Rose“ sowie um die Alarmierung der Feuerwehr und den Einsatz des Militärs. Welche Rolle der (angeblich) angetrunkene Hegelmaier gespielt und ob er seine Befugnisse überschritten hat, lässt sich nicht eindeutig klären. In der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1898 antwortete Hegelmaier auf die Frage, „ob der Herr Vorsitzende dem Gemeinderat etwas mitzuteilen habe“, wie immer formal: Er werde nur seiner vorgesetzten Dienstbehörde Rechenschaft geben und habe nur sein „polizeiliches Verfügungsrecht“ ausgeübt. Obwohl der unterlegene Kandidat Kittler

¹²⁵ KITTLER, Erinnerungen (1910), S. 123

¹²⁶ Einzelheiten bei GAWATZ, Wahlkämpfe (2001), S. 273. Bei der Abstimmung im Reichstag stimmte Hegelmaier allerdings nicht wie versprochen, deshalb kam es bei der Reichstagswahl 1903 zu keiner Absprache mit dem Zentrum und Hegelmaier verzichtete auf eine erneute Kandidatur.

¹²⁷ Die „bürgerliche“ Sichtweise s. Chronik Bd. 2 (1986), S. 23; die sozialdemokratische Sicht bei KITTLER, Erinnerungen (1910), S.125–133 und in zwei Artikeln im Neckar-Echo vom 24.06.1929 und 23.07.1958.



Postkarte des „Allgemeinen Sonntags-Anzeigers“ zu den Auseinandersetzungen nach der Reichstagswahl vom 24. Juni 1898.

ausdrücklich zu Ruhe und Besonnenheit aufgerufen und seine Anhänger zum Weggehen aufgefordert hatte, sei es zu „bedauerlichen Auftritten [...] und zu schweren Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ gekommen, wie es in einem Aufruf an die Einwohnerschaft der Stadt Heilbronn heißt.¹²⁸

Es ist hier nicht der Ort, Einzelheiten dieses Vorfalles auszubreiten und die Frage der Verantwortlichkeit zu untersuchen. Wichtiger für unseren Zusammenhang ist die Feststellung, dass mit Hegelmaiers Wahlsieg und der Annahme des Reichstags-

¹²⁸ StadtA Heilbronn E002-518

mandats – gegen den ausdrücklichen Wunsch der Mehrheit im Gemeinderat – sein allmählicher Abschied von Heilbronn eingeleitet wurde.

Über Hegelmaiers Rolle im Reichstag ist wenig bekannt. Er schloss sich der (konservativen) Reichspartei an, war zeitweise Mitglied der Budgetkommission, kam aber verständlicherweise nicht über die Rolle eines Hinterbänklers hinaus.¹²⁹

Auf die Frage des Gemeinderats Stroh, wie Hegelmaier „die Versehung der städtischen Geschäfte“ mit seinem Reichstagsmandat vereinbaren wollte, gab Hegelmaier in der Gemeinderatssitzung vom 13. Dezember 1898 folgende Antwort: „Er werde es so einrichten, daß er im wesentlichen die Leitung der Geschäfte in der Hand behalten und die Sitzungen selbst abhalten werde“. Es genüge, wenn er in der Woche zwei bis drei Tage hier sei, „wenn die städtischen Beamten ihre Schuldigkeit tun.“

In der Stadtentwicklung waren die wesentlichen Weichenstellungen erfolgt, es ging in den Jahren bis zu seinem endgültigen Amtsverzicht um die Fortsetzung und Vollendung der Arbeiten, die oben schon ausführlich vorgestellt wurden und die Hegelmaier „mit der ihm eigenen Energie“ gefördert hat.¹³⁰

Auch im Kleinen wiederholten sich die sattsam bekannten Konflikte mit dem Gemeinderat, die schließlich zu seinem Rückzug führten. Zwei Beispiele aus dem Jahr 1900 sollen das verdeutlichen.

In dem einen Fall geht es um einen Antrag der „Vereinigten Gewerkschaften Heilbronn“, die um Zuschüsse für Arbeiter gebeten haben, welche die Pariser Weltausstellung besuchen und „ihre Kenntnisse im allgemeinen bereichern“ wollten.¹³¹ Der Oberbürgermeister („gerade aus dem Urlaub zurück“) zeigte sich überrascht und antwortete wie immer zunächst formal: Da keine bestimmte Person genannt sei, sei der Antrag unzulässig, „statutenmäßig“ gehe so etwas überhaupt nicht, Zuschüsse könne die Stadt nur für städtische Beamte geben usw. Von den (bürgerlichen) Gemeinderäten Peter Bruckmann und Wilhelm Fuchs wurden die Gewerkschaften und ihr Antrag verteidigt: Wegen der großen Zahl der Interessenten reiche der Reiseetat der Gewerkschaften nicht, schon früher habe es sich bewährt, „wirklich tüchtige Arbeiter“ zu solchen Ausstellungen zu schicken, „sie gehen um etwas zu lernen und ihren Arbeitsgenossen Bericht zu erstatten, was sie gesehen haben.“ Damit wiesen sie die polemischen Ausführungen des Oberbürgermeisters zurück, der angemerkt hatte, dass die Vereinigten Gewerkschaften mit den sozialistischen Prinzipien in Verbindung stünden. „Die Sozialdemokratie gehe davon aus, dass einer nur so viel wissen solle wie der andere und keiner vor dem anderen einen Vorzug haben solle“ – und wenn jetzt einzelne durch den Besuch größere Kenntnisse erwerben, sei dies doch ein Widerspruch.

¹²⁹ Vgl. ARNOLD, Cloß (2009), S. 192

¹³⁰ So die Neckarzeitung in ihrem Nachruf auf Hegelmaier am 27. April 1912, zit. nach ARNOLD, Cloß (2009), S. 193

¹³¹ Vgl. zum Folgenden StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll Nr. 1499 vom 01.08.1900

Schließlich wird eine „Commission“ gebildet, auf einen Aufruf in der Neckar-Zeitung melden sich 14 Arbeiter und sieben Handwerker, sie sollen jeweils 150 Mark Zuschuss aus der Stadtkasse erhalten, wenn ihre Arbeitgeber denselben Betrag beisteuern. Der Oberbürgermeister ist dagegen („Was soll ein Schneider oder Vergolder für eine besondere Förderung für sein Handwerk durch den Ausstellungsbesuch haben?“), und weil auch der Bürgerausschuss den Vorschlag ablehnt, ist die Sache erledigt. Einige Wochen später folgt die Pointe: „Der Herr Oberbürgermeister teilt dem Gemeinderat mit, dass er von Freitag, 5. Oktober an zum Besuch der Weltausstellung in Paris abreisen und dort 8-10 Tage verbringen werde.“¹³² Die Gemeinderäte nehmen diese Mitteilung „ohne Einwände zur Kenntnis“.

Das zweite Beispiel berührt ein Dauerthema der Amtszeit Hegelmaiers, nämlich „die Gehaltsentwicklung“. Bei Amtsantritt 1884 erhielt der Oberbürgermeister ein Gehalt von 6000 M als Fixum, das 1887 auf 7000 M erhöht wurde. Hinzu kamen Gebühren aus der Beurkundung von Kauf- und Pfandsachen, die mit rd. 3000 M jährlich veranschlagt wurden. Weil seit 1900 diese Gebühren direkt in die Stadtkasse flossen, musste das Gehalt angepasst werden: zunächst auf 10 000 M, ein Jahr später auf 11 000 M jährlich. Dem Oberbürgermeister (inzwischen auch Reichstagsabgeordneter, die damals aber keine Diäten erhielten, nur einen Freifahrtschein der Bahn) war das im Vergleich mit den Stadtvorständen in Ulm und Heidelberg zu wenig. Er drohte mit der Niederlegung des Vorsitzes im Gemeindegericht, wenn ihm in der Gehaltsfrage nicht entgegengekommen werde. Im Gemeinderat entzündete sich wieder einmal eine Grundsatzdebatte über die Amtsführung des Oberbürgermeisters und ob der Gehaltsvorschlag von 12 000 M angemessen sei. Gemeinderat Fuchs wies darauf hin, dass der Oberbürgermeister in Sitzungswochen zwei Tage in Berlin sei und somit nicht seine ganze Arbeitskraft für Heilbronn einsetze. Außerdem erhalte er noch 1000 M als Aufsichtsrat der Salzwirke. Mit Mehrheit wurde schließlich („trotz der nicht rosigten Lage der Bevölkerung“ und „dem allgemeinen Sparzwang“, so Gemeinderat Carl Betz) eine Erhöhung auf 12 000 M beschlossen – unter der Bedingung, dass der Oberbürgermeister den Vorsitz im Gemeindegericht beibehalte.

Im Jahr 1903 kam es zum endgültigen Bruch. Anlass war die Silberhochzeit des Oberbürgermeisters am 8. Juni 1903 und die Frage, ob der Gemeinderat ein Glückwunschschreiben an ihn richten soll (Hegelmaier war im Urlaub). Gemeinderat Jakob Schloß, der von Hegelmaier eingesetzte Stellvertreter während seiner Abwesenheit, stellte einen entsprechenden Antrag, der mit 8:4 Stimmen abgelehnt wurde.¹³³ Gemeinderat Heinrich Stroh führte aus, dass es sich um eine private Familienfeier

¹³² StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll Nr. 1913 vom 04.10.1900

¹³³ Dafür stimmten die Gemeinderäte Jakob Schloß, Gustav Binder, Wilhelm Grotz und Konstantin Fischer, dagegen Heinrich Stroh, Friedrich Hauth, Carl Eckert, Emil Bach, Heinrich Adam Drautz, Gustav Kittler, Carl Hohly, Gustav Ehrmann sowie Carl Betz, der aber vor der Abstimmung die Sitzung verlässt; StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll Nr. 446 vom 05.03.1903.

handele, als Privatmann habe er keine Beziehung zu dem Herrn Oberbürgermeister und als Gemeinderat habe er keine Veranlassung, sich an der Sache zu beteiligen.¹³⁴

Dieser Vorgang wird von Hegelmaier später zum Anlass für sein Rücktrittsgesuch genommen. Der damalige Beschluss des Gemeinderats sei eine Beleidigung seiner Familie gewesen, von da an sei ihm klar geworden, dass „ihr Bleiben in Heilbronn nur noch von kurzer Dauer sein werde.“¹³⁵ Offiziell wurde sein Rücktrittsgesuch mit seinem Gesundheitszustand begründet, die langfristigen Ursachen wurden schon ausführlich dargelegt.

In der Gemeinderatssitzung vom 17. Dezember 1903 wird ein Schreiben des Oberbürgermeisters an das Oberamt verlesen, in dem er mitteilt, „dass er aufgrund ärztlicher Zeugnisse genötigt sei, ab 1. Januar auf unbestimmte Zeit aus seinem Amt auszutreten“.¹³⁶ Da an eine vollständige Wiederherstellung seiner Gesundheit nach ärztlicher Meinung nicht zu denken sei, bitte er um Versetzung in den Ruhestand auf 1. Juli 1904. Gemeinderat und Bürgerausschuss stimmen einstimmig zu, endgültig in einer weiteren Sitzung am 30. Dezember 1903. Dort wird ein Schreiben des Oberbürgermeisters verlesen, in dem es heißt: „Mit Freuden begrüße ich die anscheinend von allen Seiten mit Befriedigung aufgenommene Lösung eines schon längst widerwärtigen Verhältnisses, welches von mir schon vor Jahren mehrfach angestrebt wurde.“ Ein Gutachten des mit Hegelmaier befreundeten Arztes Dr. Paul Buttersack bescheinigte ihm „pathologische Veränderung des Herzmuskels, des Herznervensystems und der ernährenden Blutgefäße“.¹³⁷

So endete nach 20 Jahren die 1884 mit einem großem Volksfest begonnene Amtszeit Hegelmaiers ziemlich unspektakulär: „Letzte Sitzung des Gemeinderats und Bürgerausschusses unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Hegelmaier; u.a. verabschiedet er die aus dem Kollegium ausscheidenden Gemeinderäte [...] und dankt für ihre langjährige ersprießliche Tätigkeit in den Kollegien [...]. Der Vorsitzende schließt die Sitzung mit dem üblichen Neujaars-Glückwunsch“. So lautet der Eintrag in der Stadtchronik vom 29. Dezember 1903.¹³⁸

Hegelmaiers Abgang folgte allerdings noch ein Nachspiel in mehreren Akten. Am 24. Februar 1904 teilte er in einem Schreiben mit, dass er „mit Rücksicht auf die ihm auch nach seinem Rücktritt zugehenden Verunglimpfungen auf das Heilbronner Bürgerrecht verzichte.“¹³⁹ Im Dezember lehnte der Gemeinderat das „Ansinnen“ des früheren Oberbürgermeisters ab, sein Familienwappen aus dem Treppenhaufenster des Rathauses zu entfernen, weil „er auch äußerlich in keiner Gemeinschaft mehr mit der

¹³⁴ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll Nr. 446 vom 05.03.1903

¹³⁵ Schreiben des Oberbürgermeisters, verlesen in der Gemeinderatssitzung am 30.12.1903; StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 30.12.1903

¹³⁶ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 17.12.1903

¹³⁷ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 30.12.1903

¹³⁸ Chronik Bd. 2 (1986), S. 67

¹³⁹ Chronik Bd. 2 (1986), S. 71; daraus auch die folgenden Angaben.

Stadt stehen wolle“.¹⁴⁰ Das hinderte Hegelmaier aber nicht, einen Prozess gegen die Stadt wegen „Erstattung der ihm vorbehaltenen Gebühren“ in Höhe von 8152,93 M zu führen. Und ganz am Schluss des Trauerspiels steht das berühmte „Abschiedsgedicht“ Hegelmaiers mit dem Götzzitat, auf dessen Abdruck hier bewusst verzichtet wird.¹⁴¹

Wie schon angedeutet, fällt es schwer, eine Bilanz der Ära Hegelmaier zu ziehen. Im kollektiven Gedächtnis der Stadt lebt er vor allem als „Skandalbürgermeister“ weiter. Dass sich Heilbronn während seiner Amtszeit modernisiert und „verschönert“ hat, wie Gemeinderat Jakob Schloß formulierte, ist durch die Brüche der Stadtgeschichte im 20. Jahrhundert in Vergessenheit geraten. Welchen Anteil Hegelmaier persönlich an dieser Aufwärtsentwicklung hat, lässt sich kaum bestimmen. Zu eng liegen Triumph und Skandal, Kooperation und Konfrontation, fortschrittliche und rückwärtsgewandte Ansätze beieinander. Dabei wurden in diesem Beitrag seine 53 Strafklagen und zahlreichen Dienstbeschwerden, die ihm den Vorwurf des „Querulantenwahnsinns“ eingebracht haben, noch gar nicht erwähnt. Auch seine gesundheitlichen Probleme (Nervenleiden?) wurden bewusst ausgespart. Auf der anderen Seite wären noch einige positive Aspekte zu erwähnen: die Initiative zur Gründung eines Städtetags in Württemberg 1890, die Förderung des Sports (Rudern, Schwimmen, er selbst war Vorsitzender des Heilbronner Reitervereins) sowie sein Engagement für die beruflichen Schulen. Trotz alledem nahm sein Ansehen in der Bevölkerung nach seiner Wahl 1884 stetig ab, bei den Landtagswahlen von 1895 und 1903, an denen Hegelmaier teilgenommen hat, sowie bei der Reichstagswahl 1898 hat er in der Stadt Heilbronn keine Mehrheit erreicht. Seinen Wahlsieg 1898 verdankte er ausschließlich der Landbevölkerung.

Zum Schluss die berühmte Schulmeisterfrage: Was lässt sich aus dem „Fall Hegelmaier“ lernen? Zunächst etwas scheinbar Nebensächliches: die Wichtigkeit der Institutionen und ihrer rechtzeitigen Anpassung an veränderte gesellschaftliche Bedingungen. Die jahrzehntelang verschleppte Verwaltungsreform in Württemberg und das Festhalten der Landtagsmehrheit an der „Lebenslänglichkeit“ der Ortsvorsteher hat maßgeblich zu den Querelen in Heilbronn beigetragen. Auf der anderen Seite haben gerade die Auseinandersetzungen um Hegelmaier zu einer Verwaltungsreform im Jahr 1906 geführt, in der die Lebenslänglichkeit abgeschafft und eine Wiederwahl nach zehn (heute nach acht) Jahren vorgeschrieben wurde.

Außerdem fördert der Fall Hegelmaier das Nachdenken über die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte allgemein und der Lokalgeschichte im Besonderen – aber das ist bekanntlich „ein weites Feld“...

¹⁴⁰ StadtA Heilbronn, Ratsprotokoll vom 01.12.1904

¹⁴¹ Eine handschriftliche Abschrift ist auf dubiose Weise nach Heilbronn gelangt, die Autorenschaft Hegelmaiers ist umstritten. Schon deshalb handelt es sich um keine seriöse Geschichtsquelle, sondern eher um einen Beitrag zur schwäbischen Folklore.

Literatur

- ARNOLD, Jürg: Die Kaufmanns- und Fabrikantenfamilie Cloß in Winnenden und Heilbronn. Ostfildern 2009
- ARNOLD, Jürg: Adolf Otto. In: Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte 66 (2007), S. 325–392
- Beschreibung des Oberamts Heilbronn. Hrsg. v. Statistischen Landesamt. 2 Bde. Stuttgart 1901/1903
- Chronik der Stadt Heilbronn. Bd. 1: 741–1895. Bearb. v. Friedrich DÜRR. Unveränd. Nachdruck der 2. Auflage von 1926. Heilbronn 1986 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 27)
- Chronik der Stadt Heilbronn. Bd. 2: 1896–1922. Bearb. v. Friedrich DÜRR. Heilbronn 1986 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 28)
- Demokratie und Diktatur. Deutsche Geschichte 1918–1945. Hannover 1986 (Materialien für den Sekundarbereich II: Geschichte)
- EBERHARDT, Adolf: Geschichte der städtischen Verwaltung im 19. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Stuttgart. Auf die Einweihung ihres neuen Rathauses hrsg. von den Bürgerlichen Kollegien. Stuttgart 1905, S. 142f.
- ENGISCH, Helmut: Der Heilbronner Rathauskrieg oder der jähe Aufstieg und abgrundtiefe Sturz des Stadtschultheißen Paul Hegelmaier. In: Ein Mönch fliegt übers Schwabenland. Stuttgart 1996, S. 29–48
- GAWATZ, Andreas: Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1882–1912). Düsseldorf 2001
- GRÜNEBERG, Emma: Erinnerungen der Familien Mayer, Hegelmaier und Grüneberg. Aus Familienpapieren und Tagebüchern zusammengestellt. Stettin 1937
- HÄBERLEN, Albert: Berichtigungen zum Prozeß Hegelmaier von Regierungspräsident Häberlen. Stuttgart 1894
- HEUSS, Theodor: Vorspiele des Lebens. Jugenderinnerungen. Tübingen 1964
- HEGELMAIER, Leopold: Beamter und Soldat. 1884–1936. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1937
- Industrie-, Gewerbe- & Kunst-Ausstellung Heilbronn a.N. 1897 Mai – Sept. Offizieller Ausstellungskatalog. Heilbronn 1897
- JACOBI, Uwe: 250 Jahre Heilbronner Presse. Geschichte der Medien im Unterland und in Hohenlohe 1744–1994. Heilbronn 1993
- JASSOY, Heinrich / DÜRR, Friedrich: Das Rathaus in Heilbronn. Unter Mitwirkung der Stadtverwaltung veröffentlicht. Stuttgart (o.J.)
- KITTLER, Gustav: Aus dem dritten württembergischen Reichstags-Wahlkreis. Erinnerungen und Erlebnisse. (Heilbronn) 1910
- KROLL, Frank-Lothar: Geburt der Moderne. Politik, Gesellschaft und Kultur vor dem Ersten Weltkrieg. Bonn 2013
- MANN, Bernhard: Kleine Geschichte des Königreichs Württemberg 1806–1918. Karlsruhe 2012
- MÜLLER, Bernhard: „Mit eisernem Willen“. Paul Hegelmaier (1847–1912). In: Heilbronner Köpfe VII. Lebensbilder aus vier Jahrhunderten. Hrsg. von Christhard Schrenk. Heilbronn 2014 (Kleine Schriftenreihe des Archivs der Stadt Heilbronn 61), S. 133–158
- MÜLLER, Bernhard: Gustav Kittler – sozialdemokratischer Agitator und Gemeinderat. Manuskript zur Veröffentlichung in Heilbronner Köpfe VIII (2016)

- NIPPERDEY, Thomas: Deutsche Geschichte 1866–1918. 2 Bde. München 1990; 1992
- Offizielle Ausstellungs-Nachrichten: Organ der Industrie-, Gewerbe- und Kunst-Ausstellung Heilbronn 1897. 15. Mai bis 12. September 1897. Heilbronn 1897
- Prozeß Hegelmaier vor dem Disziplinarhof für Körperschaftsbeamte in Stuttgart vom 23. April bis 7. Mai 1894. Heilbronn [1894]
- RÖSCH, Roland: Die Eisenbahn im Heilbronner Süden. In: heilbronnica 2. Beiträge zur Stadtgeschichte. 2003 (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Heilbronn 15), S. 179–280
- SCHILLING, Siegfried: Paul Hegelmaier – umstrittener Heilbronner Bürgermeister. In: Heilbronn – sie machten Geschichte. Heilbronn 1977, S. 71–79
- SCHRENK, Christhard [u.a.]: Von Helibrunna nach Heilbronn. Eine Stadtgeschichte. Stuttgart 1998 (Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Heilbronn 36)
- STEINHILBER, Wilhelm: Oberbürgermeister Paul Hegelmaier 1884–1903. In: Schwaben und Franken (1960), Nr. 4, S. 3–4
- WEHLER, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914. München 1995